

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Donnerstag den 24. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 22. Januar 1901.

Der Reichstag war heute wieder der Schauplatz einer sozialpolitischen Debatte, zu der die fortwährende Berathung des Etats des Reichsamts des Innern Anlaß bot. Genosse Horn gab in einer Polemik gegen die neulichen Ausführungen des Grafen Posadowsky eine werthvolle Ergänzung dessen, was er an den vorausgegangenen Sitzungstagen über die zahllosen Mißstände in der Glas- und Industrie vorgebracht hatte. Nebenher fielen ebenso wohlverdiente wie wohlgezielte Töne für die Sozialpolitik des Zentrums ab. Der wilkonservativ-antisemitisch schillernde Abgeordnete von Potsdam, Herr Pauli, ein Tischlermeister seines Zeichens, bewies, daß die kleinen Kräuter des Scharfmachers ebenso aus dem ff verstehen, wie die großen Progen von der Hochindustrie: mit brutaler Offenheit verlangte er den Ausschluß sozialdemokratischer Arbeiter aus den Staatsbetrieben und trieb nebenbei ein bischen Judenhetze, indem er mit der köstlichen Entdeckung aufwartete, daß die ungezählten, gestern von Genossen Pauli gerügten Mißstände in den Biegeleien von den ff Hebräern herrühren. Der Nationalliberale Münch-Ferber trat in einer im Uebrigen ziemlich belanglosen Rede für die Errichtung einer staatlichen Auskunftsstelle für Handel, Industrie und Landwirtschaft ein, die im Verlaufe der Sitzung auch der freisinnige Bleil beauftragte. Der agrarische Pferdefuß blickte aus der Anregung wie der Rede des Herrn Münch-Ferber sehr deutlich hervor; er schalt kräftig auf die Handelskammerberichte, was den in seiner kaufmännischen Ehre getroffenen Abg. Bleil zu einer energischen Abwehr veranlaßte. Zwischen durch erzählte Graf Posadowsky einmal wieder in der Wiener der gekränkten und verkannten Unschuld von seinen unsterblichen Verdiensten um die Förderung der Sozialpolitik. Genosse Albrecht fertigte den kleinen Scharfmacher Pauli gründlich ab; den Abgeordneten Dr. Dertel, den Spezialisten für angebliche Mißstände in „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen, forderte er auf, sich lieber um die Besserung der mehr als miserablen Löhne zu bemühen, die in agrarischen Konsumvereinen gezahlt werden, zum Beispiel in einem, in dessen Aufsichtsrath der bekannte agrarische Heißsporn von Mendel-Steinfels sitzt. Nachdem Herr Bleil seine oben bereits gestreiften Ausführungen gemacht, erreichte die heutige Debatte ihren Höhepunkt in v. Bollmars groß angelegter Rede über die Sozialpolitik des Zentrums. Mit dem prächtigen, echt bayerischen Humor, der ihm eigen, hielt Bollmar der schwarzen Garde der römischen Kirche ihr reichhaltiges Sündenregister vor: wie die Herren die Hauptschuld an dem Stocken der Sozialpolitik tragen, wie sie die etwaigen kleinen, dem Arbeiter zugewandten Vortheile, durch die gerade vom Zentrum kräftig geförderte Brodwucherpolitik mehr als illusorisch machen, wie sie sogar erbärmlich sich die heutige katholische Sozialpolitik gegenüber derjenigen ausnimmt, die vor mehr als einem Menschenalter der Bischof Ketteler befürwortete, wie der arbeiterfeindliche Charakter der neuesten Bischofskasseler aller Auslegungskünste spottet; alles das wurde an der Hand unwiderleglicher Zeugnisse den recht zahlreich erschienenen Zentrumsabgeordneten zu Gemüthe geführt. Besonders hart für die schwarzen Herren war es, daß Genosse v. Bollmar das vernichtende Urtheil vorlas, das jüngst der bayerische Zentrumsmann und Landtagsabgeordnete Schirmer mit urbarwarischer Verbtheit über die Sozialpolitik seiner eigenen Partei gefällt hat. — Am Schluß seiner Rede rechnete v. Bollmar dann noch einmal mit dem Staatssekretär v. Posadowsky ab. — Eine recht schwache Erwiderung auf Bollmars Rede versuchte Kaplan Hize. Schließlich befandete dann noch Herr Dr. Müller-Sagan, daß die Mannesseele des Freisinnigen sich nicht entschließen könnten, für die sozialdemokratische Resolution, betr. das Reichsamt des Innern, zu stimmen. — Morgen stehen die verschiedenen Anträge zur Wohnungsfrage auf die Tagesordnung.

30. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.  
Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Preussischer Bergath Meißner tritt der Behauptung des Abg. Sachse entgegen, daß die Zahl der Unfälle im preussischen Bergbau in den letzten Jahren gestiegen sei.

Horn-Sachsen (SD) hält dem Grafen Posadowsky gegenüber seine Behauptungen über die Mißstände in der Glasfabrikation aufrecht. Erwägungen, ob die Beschäftigung von Kindern in den Schleisereien mit Motorbetrieb gestattet werden dürfe, wie sie der Staatssekretär versprochen, halte ich für überflüssig. Bereits 1885 sind in einer Bundesrathsverordnung, die bis 1892 galt, die Gründe dargelegt worden, die damals für das Verbot der Kinderarbeit in Schleisereien maßgebend waren. Dieselben Gründe gelten auch heute noch. Für Motorbetriebe ist keine Ausnahme zulässig. Durch die in diesen Betrieben zur Anwendung kommenden Sandstrahlgebläse wird besonders viel Staub entwickelt. Ergaßstößen könnten den Uebelstand mildern, aber in den 10 Glasfabrikationen, in denen die Sandstrahlgebläse eingeführt sind, ist nicht ein einziger Ergaßstöß vorhanden. Gleich schädliche Wirkungen auf die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter finden sich auch in den Steinschleisereien und in den Aufzügen für Metallverarbeitung. In all diesen Betrieben sollte man die Arbeit der Kinder bis zum 14. Lebensjahr verbieten umso mehr, da gerade in der Glasindustrie große Arbeitslosigkeit herrscht. Es ist nicht richtig, wie Herr Hize meint, daß wir die christlichen Gewerbevereine bekämpfen. Wir bekämpfen sie nur (Unruhe im Zentr.), weil sie sich von einer Politik der Geistlichen leiten lassen, von der sie niemals Bortheil haben. (Widerpruch im Zentr.) Auch die Behauptung des Herrn Hize, die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollten nicht mit den Unternehmern verhandeln, beruht auf einem Irrthum. Zu Verhandlungen sind die Arbeiter immer bereit. Aber die Unternehmer setzen oft, wenn die Arbeiter sich bereit erklären, von ihren Forderungen etwas abzulassen, darin ein Zeichen von Schwäche und bewilligen gern. Die Politik des Zentrums in den katholischen Arbeitervereinen kann nicht von langer Dauer sein, sie kann die Arbeiter nicht befriedigen, denn sie ist gleichbedeutend mit der sogenannten Wasserjappens- und Knochenpolitik des Herrn Hize. Die katholischen Arbeiter werden schon schließlich zur Einsicht kommen. Schon heute machen christliche Arbeitervereine mit sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsame Sache. (Beifall bei den Soz.)

Pauli (Potsdam) (wilkons.) Mißstände sind gewiß in den Biegeleien vorhanden, aber die Biegeleien sind häufig in nicht-christlichen Händen und diese Herren gehören zur Linken. Die Kritik des Herrn Pauli richtete sich also mehr gegen die Linke als gegen die Rechte. Die Bäckereiverordnung sieht sich gar nicht durchzuführen. Am sympathischsten ist mir noch der Vorschlag einer Minimumtarifgesetzgebung, den Herr Dertel gemacht hat. Es ist darüber gefast worden, daß die Unfallversicherungsverordnungen zu wenig beachtet werden. Daran tragen die Arbeiter zum großen Theil selbst die Schuld. Herr Bebel forderte für die Arbeiter in den Staatsbetrieben das Koalitionsrecht. Da diese Arbeiter aber bereits in evangelischen und katholischen Arbeitervereinen organisiert sind, kann er nur meinen, daß diese Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören sollen. Das darf aber nicht geschehen. Ich hoffe vielmehr, daß die Regierung stets klar und deutlich den Standpunkt zum Ausdruck bringen wird, daß staatliche Arbeiter niemals sozialdemokratischen Vereinen angehören dürfen.

Münch-Ferber (N.) vertheidigt folgende Resolution: Die Regierung soll ersucht werden, die Subventionierung einer Zentralkunftsstelle für Fragen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes in Ermägung zu ziehen und die erforderlichen Mittel durch den Reichshaushaltsetat, resp. durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1901 von dem Reichstag zu fordern. Das Reich müsse wenigstens einen Theil der Kosten tragen, da nicht nur die großen Etablissements an diesem Unternehmen interessiert seien, sondern gerade die kleineren und die mittleren Gewerbetreibenden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich muß auf einige Punkte in den Debatten der letzten Tage zurückkommen. Besonders empfindlich hat mich ein Vorwurf des Abg. Hoch getroffen, der auf Grund einer Broschüre des früheren Abg. Legien behauptet, daß in der Pariser Weltausstellung auf den angefertigten Tafeln sich Angaben befänden, die thatsächlich unrichtig und geeignet wären, ein falsches Bild von der Grundlage und der Wirkung der deutschen sozialen Gesetzgebung zu geben. Deutschland hat das größte Interesse daran, daß die Staaten, mit denen wir im wirtschaftlichen Weltkampf liegen, dieselben Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke machen wie wir. Bleiben nämlich andere Staaten im Zustande des Stillstandes auf diesem Gebiete, dann ist schließlich der Erfolg der, daß auch in Deutschland die sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Stillstand verurtheilt wird, weil dann die deutsche Industrie durch die allzu großen Kosten, die ihr die soziale Gesetzgebung auferlegt, den anderen Staaten gegenüber konkurrenzunfähig würde. (Sehr richtig! rechts). Thatsächliche Unrichtigkeiten nun, wie sie Herr Legien behauptet, sind nach meinen Erkundigungen nicht vorgekommen. Es lagen übrigens auf der Weltausstellung Broschüren über die gesetzliche Lage und die Lohnverhältnisse aus, die genügend orientieren waren. Dem Abg. Horn muß ich erwidern, daß die Motorverordnung nur auf die Betriebe Anwendung findet, auf die sich die Verordnung vom 11. März 1892 nicht bezieht. Ein Rückschritt kann also in dieser Motorverordnung nicht liegen. Die Anregung des Herrn Münch-Ferber werden die verbündeten Regierungen gern einer Prüfung unterziehen. Voraussetzung dabei ist, daß eine klare Uebersicht über die Kosten vorgelegt werde, und daß sich die Beteiligten des Handels und der Industrie bereit erklären, den größeren Theil der Kosten zu decken.

Albrecht (SD): Herr Bebel hat natürlich nie verlangt, wie Herr Pauli vorhin meinte, daß sich die Arbeiter in Staatsbetrieben in sozialdemokratischen Gewerkschaften organisieren. Wir verlangen nur das gleiche Recht der Organisation für alle Arbeiter, mögen sie Privat- oder Staatsbetrieben angehören. — Herr Dertel

hat dann wieder von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Wir haben oft genug betont, daß die Konsumvereine keine Gründungen der sozialdemokratischen Partei sind, wenn ihnen auch in letzter Zeit viele sozialdemokratische Arbeiter beigetreten sind. In Halle a. S. giebt es neben sog. sozialdemokratischen auch einige agrarische Konsumvereine, so z. B. die Zentralkaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe. In den Arbeiterkonsumvereinen werden Wochensöhne von 21 bis 24 Mark gezahlt, in der Zentralkaufsstelle betragen die Wochensöhne der Arbeiter dagegen nur 16 Mk. (hört, hört! bei den Soz.) und nicht einmal die gesetzlichen Feiertage werden diesen Arbeitern bezahlt. Die Zentralkaufsstelle leidet nicht etwa Noth und zahlt deshalb niedrige Löhne, nein, sie hat in 10 Jahren einen Ringewinn von 134 000 Mark zahlen können. Herr Dertel sollte dafür sorgen, daß dort dieselben Löhne gezahlt werden, wie in den sozialdemokratischen Konsumvereinen. Herr Hize meint, wir möchten doch auch ihm einmal 1000 Mark für die katholischen Gewerkschaften geben, die könnten es gebrauchen. So verweise ich ihn an die katholische Kirche, die hat bekanntlich einen guten Wagen und Geld genug um ihm zu helfen. (Unruhe im Zentr.) Mit solchen sozialpolitischen Reden, wie Herr Hize meint, ist Niemandem geholfen, es müssen Gesetze gemacht werden. Ich will an das Gend in der Konfessionsindustrie erinnern, das auch durch die Verordnung vom 31. Mai 1897 nicht beseitigt worden ist. Fast beständig wird die Gewerbeordnung übertreten, aber stets wird bei einer Anzeige auf eine ganz geringe Geldstrafe erkannt, oder ihr wird überhaupt keine Folge gegeben. Daher wird ja die so belanglose Konfessionsordnung auch niemals von den Unternehmern angegriffen, während die Bäckereiverordnung von Anfang an befehdt worden ist, weil sie sozialpolitisch fortschrittlich ist. Möge endlich der Herr Staatssekretär die Konfessionsordnung des Bundesraths vom 31. Mai 1897 verschärfen! (Bravo! bei den Soz.)

Bleil (Soz.) wendet sich gegen die Bemängelungen der Handelskammerberichte durch die Abg. Münch-Ferber und empfiehlt, die Zentralkunftsstelle im engen Anschluß an die Konjunkte zu organisieren.

v. Bollmar (SD): Herr Dr. Bichter hat mich gestern wieder einmal einen königlich bayerischen Sozialdemokraten genannt. Das liest mich nun gar nicht; ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich ein guter Deutscher und ein ebenso guter Bayer bin, was mich aber gar nicht hindert, auch an andere Völker zu denken. Blau weiß habe ich immer für recht schön gehalten, aber auch gefunden, daß eine gewisse Dosis roth sehr gut dazu paßt. (Große Heiterkeit.) Selten ist mir eine Rede begegnet, die so ansehnlich war, wie die letzte Rede des Abgeordneten Hize. Er bestritt die Verantwortung seiner Partei für die jetzige Art der Sozialpolitik, leugnete die ausschlaggebende Stellung des Zentrums und stellte den konfessionellen Charakter seiner Partei in Abrede. Er hat vergessen, daß Zentrumsabgeordnete gelagt haben, Zentrum ist Trumpf, daß sie das Zentrum dirigierende Partei sogar das Werkzeug Gottes genannt haben und auf dem letzten sozialistischen Tage hat Herr Dr. Vieber das Zentrum die ausschlaggebende Partei genannt, und daraus die Verpflchtung hergeleitet, in scheinbar gleichgültigem Sinne, auf den Luxus einer eigenen politischen Uebergangung zu verzichten um in religiösem Sinne um so mehr Macht ausüben zu können. Mit religiösen Dingen sind natürlich konfessionelle Dinge gemeint, denn daß Sie für die Rechte der Juden kämpfen, werden Sie wohl nicht behaupten. (Heiterkeit.) Wenn Sie Religion sagen, so meinen Sie Christenthum und wenn Sie Christenthum sagen, meinen Sie die katholische Kirche. 1887 haben Sie ihre Abstimmung zum Septennat ausdrücklich damit begründet, daß Sie Rücksicht auf Rom zu nehmen hätten. (Widerpruch im Zentr.) Zuerst waren Sie gegen das Septennat, dann wurde der Reichstag aufgelöst, und nach den Wahlen, in denen Sie als Kämpfer auftraten, haben Sie sich der Abstimmung enthalten, weil Sie auf die Meinung des heiligen Vaters in Rom Rücksicht nehmen mußten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Zentrum kommt um den Vorwurf nicht herum, daß es für unsere mangelhafte Sozialpolitik die Hauptverantwortung trägt. Als die Reform der Arbeiterunfallversicherung aufstand, ist Herr Hize zunächst sehr energisch für die Abkürzung der Karenzzeit von 18 auf 4 Wochen, für Ausdehnung der Versicherung auf Betriebe mit 6 Arbeitern, für die Erhöhung der Vollrente von 66% auf 75 pCt. eingetreten. Unsere verehrliche Nebenregierung, der Zentralkonvent deutscher Industrieller, hat die Regierung damals bekanntlich eingeschüchtert. Nach drei Jahren war auch das Zentrum eingeschüchtert, und als voriges Jahr die Sache wiederkam, hat es, als wir seine Anträge aus dem Jahre 1897 wiederholten, diese Anträge niedergestimmt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ebenso hat das Zentrum bei der Invaliditätsversicherungreform gegen seine eigenen ursprünglichen Anträge gestimmt. (Unruhe im Zentr.) Die Bedenken mancher meiner Genossen, dieser Reform zuzustimmen, sind durch die Befürchtung behoben worden, daß das Zentrum, wenn man das Gesetz nicht schleunigst in die Schenke bringt, es nach drei Jahren noch mehr verschlechtern würde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das Zentrum auch nur einen Theil der Energie, die es gegenwärtig auf die Vertheuerung der Lebensmittel durch höhere Zölle legt, auf die Sozialreform gelegt hätte, so wäre zweifellos mehr erreicht worden. Ueber diesen Schluß hilft Ihnen vor dem Volke keine rhetorische Kunst hinweg. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gewundert hat mich, daß ein so erfahrener Parlamentarier wie Herr Hize sich die Finger an einer so brenzlichen Sache wie das Zuldaer Hirten schreiben und die Frage der christlichen Gewerksvereine verbrannt hat. Er stellt die Dinge zwar so dar, als wenn alles in besser Ordnung wäre, thatsächlich aber hat das Zentrum den Standpunkt des Bischofs von Ketteler längst aufgegeben, der den Arbeitern direkt die Theilnahme auch an sozialdemokratischen Gewerkschaften empfahl, ohne daß sie zu fürchten brauchten, daß ihr Seelenheil darunter litten. Es hat in den christlichen Gewerkschaften direkt eine Gegenorganisation gegen uns geschaffen wollen und durch diese Zerstückelung die Ohnmacht der Arbeiterbewegung mit verhandelt. Selbst Streikbrecher haben Ihre Organisationen gestellt, wie Prof. Red auf dem Schweizer Arbeitertage zu Luzern selbst erklärt hat. Nun ist die Entwicklung ja über Sie hinweggeschritten, die Thatsachen des wirtschaftlichen Lebens haben den von Ihnen organi-

fürten Arbeitern die Augen geöffnet. Sie haben gesehen, daß die Unternehmer nicht nur die Feinde sozialdemokratischer, sondern jeder Arbeiterorganisation sind, sie haben erfahren, daß ihre Mitglieder auch von Arbeitgebern, die dem Zentrum angehören, gemährt werden. Jetzt graut schon den ultramontanen Spielern vor der Macht der christlichen Gewerksvereine. Der Frankfurter Kongreß dieser Vereine hat auf das Schärfste Stellung gegen ihre Verwendung zum Kampf gegen die Sozialdemokraten genommen. Der Kongreß hat ausgesprochen, daß alle Arbeiter zusammen gehören und daß die christlichen Organisationen im Verein mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine einheitliche Arbeiterorganisation bilden müßten. Der Fuldaer Bischofsbrief war Satz für Satz eine Antwort auf Frankfurt. Er empfahl die spezifisch katholischen Arbeitervereine, deren soziale Bedeutung nach Warrer Oberbörfer gleich Null ist. Sind doch Geistliche und selbst Unternehmer Vorkämpfer und Protoktoren dieser Vereine. Der Sturm, den das Hirten-schreiben in der katholischen Arbeiterwelt bewegt hat, ist ja mit großer Wärme beschworen worden. Was außererwartet war, hat man wieder zurechtgegeben, hier und da wohl auch ein bischen zurecht-gelogen — außerhalb des Saales natürlich. (Weiterkeit.) Aber das Fazit ist doch, daß die katholischen Arbeiter sich mit großer Energie gegen jede Bevormundung durch diesen Hirtenbrief gewendet haben. So haben die Bischöfe einfach nachgeben müssen, und die christlichen Organisationen bestehen weiter fort, ganz so, wie wenn die Bischöfe nichts gesagt hätten. Die Streitigkeiten, die früher bezüglich als sozialdemokratische Einrichtung galten, sind etwas so gewöhnliches für die katholischen organisierten Arbeiter geworden, daß Streikverkündung und Streikbeendigung bereits gemeinschaftlich von den modernen Gewerkschaften und den christlichen Organisationen zusammen erfolgen. Auch beginnen bereits die christlichen Gewerkschaften sich international zu organi-sieren. (Abg. H. i. e.: Was ist ja gut!) Was meinen Sie uns dann unsere Internationalität vor? Haben wir eine andere Internationalität? (Weiterkeit.) Für die Herrn scheint eine Sache, sobald sie den Zentrumsredner ankommt, ein ganz anderes Aussehen zu erhalten, ob es dadurch lebender wird, ist eine andere Frage. (Weiterkeit.) Zum Schluss muß ich noch auf einige Aeußerungen des Herrn Staatssekretärs Grafen Polakowsky eingehen. Er beklagte sich, daß wir ihn als den arbeitsfeindlichsten Menschen auf der ganzen Welt hinführten. Unter seinen Standesgenossen mag ja Graf Polakowsky als ein großer Arbeiterfreund erscheinen. Für die Arbeiter kommt es aber auf die Sache an, und da liegt es eben so, daß das objektive Ergebnis seiner Untertätigkeit schon durch die Vorlage und Vertretung des Zuchthausgesetzes hinreichend gekennzeichnet ist. Aber der Herr Staatssekretär scheint das unge-nügende der unter ihm gemachten Sozialreform selbst zu empfinden, denn er lehnte ja die Verantwortung von sich ab und ludte sie dem Bundesrat anjubalen. Der Bundesrat hat ja darauf noch nicht geantwortet. Interessant ist aber die Aeußerung der „Augs-burger Zig.“, ein Blatt, das man bei uns das Beamten-Engagement nennt (Weiterkeit) und das fast die Meinungen und Wünsche der bayerischen Regierung am besten wiedergibt. Dort heißt es, daß die Art, wie Graf Polakowsky die Verantwortung von sich abge-lehnt habe, doch die ernstesten Bedenken erregen müsse. Jedermann wisse, welchen maßgebenden politischen Einfluß der Staatssekretär ausübe. Zum Schluss heißt es, es werde dem Grafen Polakowsky kaum gelingen, den Nachweis zu führen, daß ihm gegenüber die Mehrheit der verbündeten Regierungen auf sozialpolitischem Gebiete die Rolle des Hemmnisses in der Sache habe. Selbst in der Frage des 9 Uhr-Vedenkisses, von dem die meisten Regierungen gar nichts wissen wollten, geben sie schließlich nach, um das Zu-handelkommen der Gewerbeordnungsnovelle nicht zu gefährden. Man kann daher dem Grafen Polakowsky in diesem eigenen Inter-esse nur rathen, die Lähm-, die verbündeten Regierungen zu Standesbänden zu machen, schleunigst anzugehen. (Hört, hört! bei den Sozial.) Der Herr Staatssekretär wird ja am besten wissen, was er daraus machen kann. Schauer wäre es nur, wenn solche Dinge öffentlich gesagt würden und man nicht die freudige Anonymität der Presse wählte. — Weiter hat der Herr Staatssekretär gemeint, wenn je ein Mann an seiner Stelle stünde, der das Loos der Sozialdemokratie fände, dann wäre die Spitze des deutschen Reiches bedroht. Daß die Ziele der Sozialdemokratie sich bis zu einem gewissen Grade und in all den Punkten, in denen wir hier Anträge stellen, innerhalb der heutigen Verhältnisse erfüllen lassen, beweist Frankreich, das unter einem sozialistischen Minister an der Spitze der ersten anfrüchtigen Sozialpolitik marшиert und deshalb doch als kapitalistischer Staat weiter besteht. Die Herren verwechseln eben immer die u Staat mit ihrem Staat und können sich den Staat nicht anders denken, als es ihren Wünschen und ihren Herr-schaftsinteressen entspricht. Wer glaubt nicht, daß das deutsche Reich, dessen heutige Existenzbedingungen wir bekämpfen, unter der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu Grunde gehen muß. Das Gemeinwesen ist etwas Kleinhändiges und etwas Kleinhändiges ist das Wohl des arbeitenden Volkes, dem unsere ganze Thätigkeit dient und dessen Interesse der Jubelruf der Politik unseres Reiches sein sollte. (Abg. Heilmann bei den Sozial.)

Dr. H. i. e. (3.). Auf die Ausführungen Bollmars über das Zustandekommen des Sozialgesetzes will ich mich bei späterer Gelegenheit aus-sprechen. Herr Sammler hat nicht, wie der Abgeordnete Pans be-hauptet, die Mitglieder als Generalbesitzer bezeichnet. Diese Behaup-tung ist eine Verdrehung im ethischen Sinne des Wortes. Wir sind nicht wie Herr Bollmar bekennende, eine confessionelle Partei. Unser Programm ist ganz allgemein gehalten und hervorragende Mitglieder des Zentrums sind nicht katholisch. Auch für die Gewährung der Juden sind wir nicht angethan. Redner be-hauptet, daß das Centrum die Sozialgesetzgebung vertritt, das habe, mehr war nicht zu erwarten. Ich überreichte etwas zu Stande kommen. Bollmar hat die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerksvereine bezeichnet. Was die Aeußerungen auf dem Frankfurter Kongreß anbelangt, so weiß ich nicht, wie sie im einzelnen gewesen sind. Die eine Aeußerung: es wäre nicht denkbar, daß alle Arbeiter in gemeinsamen Vereinen organi-siert würden, entspricht nicht meinem Gedächtnisse. Leider haben wir aber zur Zeit auch Sozialisten in Deutschland und leider auch noch eine Sozialdemokratie. (Beifall im Saal.)

Dr. H. i. e. (4.). (Hört, hört!) Ich erlaube mir heute eine kurze Rede, die gegen die Resolution der Sozialdemokraten in Sachen der 12000 Mark Affäre kommen werde, verlesen zu werden, damit sie, daß was dieser Haltung ein Zentrumsmitglied für den Grafen Polakowsky gefolgt wurde.

Herrn verlegt sich das Haus.  
Köln, Sonntag Mittag 1 Uhr. Kundgebung der Sozialdemo-kraten, National-Liberalen und der freisinnigen Fortschrittlichen.  
Schluß 5<sup>1/2</sup> Uhr.

### Politische Handlungen.

Dresden.

Der neueste Bund-Brief, so behaupten die in Diensten des Zentralverbandes deutscher Industrieller stehenden „Berl. Pol. Anz.“, sei durch einen „Diebstahl“, welchen ein ehemaliger Bundesrat des Zentralverbandes sich habe zu Schulden kommen lassen, ihrem Eigenthümer entwendet worden. Der „Vorwärts“ erklärt das für eine willkürliche Erfindung. Er läßt keine über den Ursprung des ihm übermittelten Briefes nichts mittheilen, da er darüber überflüssig wisse, wie der Herausgeber der „Berl. Pol. Anz.“, Herr Geyersmann, — ja be-züglich ist auch die Mitteilung, daß der Abdruck des

Briefes, Herr v. H. a. f. l. e. r., bereits verstorben ist. Herr v. H. war vor zwei Jahren schwer erkrankt und bedarf noch immer der Schonung, befindet sich aber noch am Leben. — Die Veröffentlichung des Briefes hat großes Aufsehen erregt und sein Inhalt wird in der Presse leb-haft diskutiert. Die Herrn Bued und dem Zentralver-band politisch nahestehende Presse macht zwar den Versuch, durch laute Beschwerden über den von ihr behaupteten Vertrauensbruch die öffentliche Aufmerksamkeit von den Enthüllungen des Briefes selbst abzulenken, doch wird das ebensowenig gelingen, wie seiner Zeit bei der 12000 Mark-Affäre.

Eine besondere Rolle im neuesten Bund-Briefe hat der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Sr. Excellenz der Wirklich. Geheime Rath Lohmann. Bued sagte von ihm, er sei das treibende Element des sozialpolitischen Fortschritts im Ministerium Berlepsch gewesen. Minister Bredfeld beruhigte Bued, Lohmann gebe aber doch nach, wenn er sich bei seinem Chef einem ersten Willen gegenüberbehalte. Bredfeld hatte seinen Unterstaatssekretär richtig beurtheilt. Er, von dem Bued sagte, er sei „von weitgehenden sozialisti-schen Ideen“ befangen“, fand sich alsbald in den neuen Centralverbands-Russ. Wie er unter v. Berlepsch als Vorsitzender der Kommission für Ar-beiterstatistik soziale Politik treiben wollte, so sagte er sich beim Ministerwechsel in die Entziehung dieses Amtes, trieb mit Rede Umsturzgesetzgebung gegen die Arbeiter und mit Bredfeld Zuchthausgesetzgebung. Der meinungslose Geheimrath in vollkom-menster Reinkultur!

Der Oberpatriot Krupp. Wie die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, hat die Firma Krupp an die maßgebenden Stellen Berlins brieflich die offizielle Mit-theilung gelangen lassen, daß sie sich bisher den Wün-schen der Regierung gefügt, und die Geschützlieferung nach England sistirt habe, daß sie sich aber für die Folge nicht mehr an diesen Wunsch halten, sondern Aufträge von Geschütz- und Waffenlieferun-gen aus England auszuführen werde. Den Anlaß hierzu habe offenbar der Umstand gegeben, daß andere Firmen, besonders Ehrhardt in Düsseldorf, trotz des Verbotes der Regierung Waffenlieferungen an England bis in die neueste Zeit ausgeführt haben. Das Bündlerblatt bemerkt zu seiner Meldung: „Vom reinen Geschäftspunkt aus läßt sich ja gegen die Erklärung des Herrn Krupp nichts einwenden. Warum soll sich die Firma Krupp die Gewinne entgehen lassen, die ihre Konkurrenten sonst in die Tasche stecken? Aber wir meinen, wer 12—15 Millionen Jahreseinkommen ver-senkt, der ist doch in der glücklichen Lage, sich den Luxus des patriotischen Verzichts auf Gewinne zu ge-statten, die doch den Ruf der Firma nicht gerade zu er-höhen geeignet sind. Und das um so mehr, als die Firma Krupp ihre heutige Stellung doch hauptsächlich ihren Beziehungen zur deutschen Regierung verdankt.“ — Papperlapapp! Erst das Geschäft und dann der Patrio-tismus, das ist Krupps Parole. Die Kanonenföbige haben noch nie an übertriebener Sentimentalität ge-frankt.

Die Kommission zur Berathung der Seemanns-De-nung kam in ihrer Dienstag Sitzung über die, die Sonntagsruhe der Seeleute betreffende Bestimmung nicht hinaus. Die Regierungskommission und die Rhederei-Inter-essenten wandten sich lebhaft gegen den von der vorigen Kommission gefaßten Beschluß, wonach das Böden und Läden auf den im Hafen oder auf der Höhe liegenden Schiffen an Sonn- und Festtagen verboten sein soll. Es galt nun alle Ausnahmbestimmungen, die das Verbot größtentheils aufzuheben geeignet sind, in eine geeignete gies-n, so daß bei den Seeleuten die Ansicht entstehen kann, man gewähre ihnen die Sonntagsruhe sehr gern, aber es gehe nicht so glatt, wie sie sich vielleicht vor-stellen. Da wohl mehr als ein Duzend Anträge und Amendements gestellt wurden, so mußte schließlich wegen zu weit vorgeführter Zeit die Abstimmung darüber aus-geklagt werden, bis in der nächsten Sitzung alle Anträge u. s. w. zusammengestellt und gedruckt vorliegen.

Wegen barbarischer Mißhandlung eines Untergebenen stand Montag der Gefreite Krause vom Pauenburgischen Jägerbataillon vor dem Bezirkskriegsgericht des dritten Armeekorps in Berlin. Der Angeklagte war Anfang 1899 Krutengefreiter in der erwähnten Truppe, die in Ratzburg garnisonirt. Da er ein vorzüglicher Soldat war, erhielt er den Rekruten Schwarz aus Bremen, der von recht schwerer Fassungsgabe war und deshalb mit den übrigen Rekruten nicht gleichen Schritt halten konnte, in seine spezielle Obhut überweisen. Schwarz gehörte zur Korporalschaft des Oberjäger Gurl, der beim Bataillon im Ruf stand, der schändliche Exzerziermeister zu sein. Die Rekruten, die G. seinen Vorgesetzten vorführte, waren wohl die besten Exzerzierer, aber über die Mittel, mit denen der Korporalschaftsführer operirte, giebt die Lebensgeschichte des Rekruten Schwarz, wie sie in der Verhandlung aufgerollt wurde, ein anschauliches Bild. Schwarz war während seiner kurzen Dienstzeit der Prügelschwanz der Korporalschaft. Er wurde von dem Oberjäger G. mittelst Klop-peitsche und Hirschfänger erzogen. Der Rekrutengefreite K. assistirte seinem Vorgesetzten getreulich. Zu seinen beliebten Erziehungsmitteln gehörte u. A. auch Schläger gegen die Kniescheiben und gegen den Unterleib des Rekruten, sowie auch ferner eine will-kürliche Uebung, die dahin anging, daß Schwarz ca. 300 Mal hintereinander mit erhobenem Feser das Gewehr hinstrecken mußte. Auch das Knien der Rekruten gehörte zu der militärischen Erziehung des Sch. Er mußte am

Kletterbaum emporklettern, sich an den Sprossen festhalten und die Knie in die Nähe der Hände heranbringen, so daß ihm infolge der barbarischen Tortur die Haut in Fetzen von den Händen herabhängte und veratrigte Mißhandlungen mußte der bedauernswerth Mensch fast täglich durchmachen. Am 22. Februar vorigen Jahres brach Schwarz plötzlich geistig zusammen, er verfiel in Tobsucht und mußte ins Lazareth gebracht werden. Hier wurde sein Zustand als halluzinatorisch Verwirrtheit oder als acute Geistesstörung bezeichnet. Er kam mit dem Kranken so weit, daß er nur noch wenig Worte zu sprechen resp. deren Sinn zu deuten vermochte, daß er nicht mehr die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben be-saß und daß ihm bei völlig erloschenem Gedächtniß die Orientirung über seine eigene Person vollkommen fehlte. In diesem Zustand wurde der Kranke am 27. März nach der Landes-Irrenanstalt Sachsenberge in Med-tenburg übersührt. Durch die sehr sorgfältige ärztliche Pflege dafelbst gelang es, den Patienten wieder herzu-stellen, so daß er am 31. Mai als gesund entlassen wer-den konnte. Sch. wurde nunmehr von bataillonswegen vernommen, um so mehr als die behandelnden Ärzte in ihrem Gutachten angegeben, daß die geistige Er-krankung des Mannes unbedingt durch Vorgesung und Mißhandlung her-vorgehoben worden sein müsse. Es wurde darauf hin Anklage gegen den Oberjäger Gurl erhoben und dieser von dem Kriegsgericht der 6. Division des neunten Armeekorps zu sechs Monaten Gefängniß ohne Degra-dation verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die Mißhandlungen des Sch. durch den Gefreiten K. zu Sprache und der Gefreite, der schon zur Reserve überge-traten war, wurde am 7. September verhaftet und hat sich bald darauf vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Er wurde, indem ihm mildernde Umstände verlagst blieben, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Gegen diesen richterlichen Spruch legte der Kriegsherr der 6. Division Berufung ein, da die Verurtheilung bei der Schwere der Vergehen zu gering gewesen. Andererseits that dies der Verurtheilt, um einen mildernden Richterspruch zu erzielen. In dem Berufungsstermin vor dem Oberkriegsgericht zeigte der Angeklagte große Reue. Er gab zu, daß er der Sch. schämte und ihn am 22. Februar Morgens gewürgt und mehrere Male mit dem Kopf gegen den Boden gestoßen habe, weil der Rekrut vergerichtet hatte, zwei scharfe Patronen abzugeben. Aber der Ange-klagte will sich selbst in einer sehr mißlichen Lage be-funden haben. Er behauptete, daß der Oberjäger G. ihn selbst für alle Fehler, die Sch. gemacht, herangezogen habe. Er habe nur den Befehlen seines Vorgesetzten ge-horcht. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Monate Gefängniß unter Anrechnung von 3 Monaten Unter-suchungshaft!

Folgendes Urtheil hat Felix Dahn auf Anlaß der Zweihundertjahrfeier gedichtet:  
Wir schreien zu viel „Viktoria!“  
„Gloria“ und „Kling-Klang-Gloria“.  
Wir feiern zu viel Feste.  
Ein Fest trieben anders wir das Spiel:  
Wir sprachen wenig, thaten viel —  
Und die Art war die Befehl!

Wenn sich schon einem so lokalen Manne wie dem Professor Felix Dahn ein solcher Stoßseuffer losdringt, kann man erweisen, welcher Stimmung das ewige Fest-festern im Volke begegnet.

Der Mosch Krieg hat eine grenzwolle Statistik. Hier ist eine Tabelle darüber, welche Verwüstungen er seit dem Jahre 1850 angerichtet hat.

	Menschenopfer	Geldopfer
	Mann	Mill. M.
Dem Krimkrieg	750 000	7 950
Der italienische Krieg 1859	45 000	1 200
Der böhmische Feldzug 1864	3 000	140
Der nordamerikanische Bürgerkrieg von 1861 bis 1865:		
a. Nordstaaten	280 000	18 000
b. Südstaaten	520 000	9 200
Preussisch-österreichischer Krieg von 1866	45 000	1 320
Expedition nach Mexiko, Cochinchina	65 000	800
Der deutsch-französische Krieg von 1870/71:		
a. Frankreich	165 000	12 000
b. Deutsch-land	60 000	—
Bulgarisch-serbischer Aufstand	25 000	700
Der russisch-türkische Krieg	250 000	4 500
Die indochinesischen Kriege gegen die Siamer, Malakka u. s. w.	30 000	35
Der afghanische Krieg	25 000	53
	2 253 000	55 908

Der Kampf auf Kubu, auf den Philippinen und in den Burenrepubliken ist in diese Statistik noch nicht auf-genommen, auch fehlt jede Liste der Kranken und Siechen, welche aus jenen blutigen Aktionen hervorgegangen sind. Die gegebenen Ziffern aber kann man als unanfechtbar erachten, denn sie stammen von Dr. C. Engel, dem früheren Direktor des preussischen statistischen Bureau's.

Kleine politische Nachrichten. Nach Zusammenstellung in dem Gelehtenwurf wegen der Versorgung der Theil-nemer der ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen betragen die Gesamtkosten für die Arme 2 195 366 Mark und für die Marine 1 546 574 Mark. Das zusammen 1 464 276 Mark mehr, als auf Grund des Pension-sgesetzes zu zahlen wäre. Die schlechte Besetzung der Reichstages macht sich nun auch für die Kommissionen fühl-bar. So konnte am Dienstag die Justizkommission nicht tagen, weil nur acht ihrer Mitglieder anwesend waren! — In der Revisionsverhandlung des Majestätsbeleidigungs-Prozesses gegen Maximilian Harden erkannte Dienstag das Reichsgericht auf Verurteilung der Revision gegen das 6 Monate Festungshaft lautende Urtheil des Berliner Landgerichts vom 8. Oktober 1900. — Pensionirt wurden unter dem 18. Januar in Preußen: 1 Ober-2 Oberleutnants, 4 Majore, 11 Hauptleute und 5 Oberleutnants ohne Pension wurden verabschiedet: 1 Oberleutnant und 1 Leutnant. Die militärische Säge hat also auch am Abgangstas- wader gearbeitet. Neben der Verabschiedungen fehlt es allerdings auch nicht an „Auszeichnungen“. 15 Offiziere aller Chargen,

# Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 23. Januar 1901.

Eine nahezu einstimmige Ablehnung hat in der Bürgerschaft am Montag der Senatstraktat betr. den zweiten Friedhof für St. Lorenz gefunden, und zwar mit Recht. Nur Pastor Evers schien dem verfehlten Projekt Geschmack abgewonnen zu haben, alle anderen Redner wandten sich mit Gründen, die man als durchaus stichhaltig anerkennen muß, gegen dasselbe. Zunächst ist der Platz offenbar viel zu klein, ferner ist nach der übereinstimmenden Behauptung einer ganzen Anzahl Redner, denen man Orts- und Sachkenntnis wohl zumessen darf — wie Mund, Lauenstein, Dr. Wichmann, Schorer — der Boden lehmig und wässrig, also zu Begräbnisplätzen absolut ungeeignet. Entscheidend für die Beurteilung ist nach unserem Dafürhalten die Tatsache, daß es sich, wie Herr Mund richtig bemerkte, nur um eine Art Nothfriedhof handeln würde. Was uns in Lübeck noth thut und wofür wir eintreten, ist ein großer, allen sanitären Anforderungen genügender Zentralfriedhof und last not least mindestens die fakultative Feuerbestattung!

Ueber die Seemannsordnung hat der Nautische Verein am Sonnabend weiter verhandelt. Den Bericht, welchen darüber das Amtsblatt bringt, können wir uns nicht versagen, auszugeweiht wiederzugeben, zumal darin zum Theil wiederum derselbe skandalöse Ton angeschlagen wird, der in der Seemannskommission des Reichstages bereits berechtigte Entrüstung hervorgerufen hat und sicher auch im Plenum gebührend gewürdigt werden wird. Es heißt da: „Auf der Tagesordnung stand Berathung der neuen Seemannsordnung, über die wir unsern Lesern bereits so oft berichtet haben, daß wir deren Geduld nicht mehr durch Wiederholung der einzelnen Paragraphen mißbrauchen mögen. Wir heben dennoch einen Gegenstand von einschneidender Wichtigkeit für unsere Schiffsfahrtsverhältnisse heraus, der keine Unachtbarkeit bei der Aufzählung mit abgethan wäre. . . . So wurde dem neulichstgen Abchnitte des Entwurfs in Betreff der Ueberstunden-Bezahlung zuerst nicht die genügende Beachtung geschenkt, bis aus der Mitte der Versammlung nochmals darauf hingewiesen wurde. Handelte es sich doch darum, den Steuerleuten Zahlung der Ueberstunden zuzugestehen. Wir bemerken hierzu, daß wir persönlich der Ansicht sind, ein Offizier, wie die Seemannsordnung den Steuermann und Maschinisten bezeichnet, soll nicht stundenweise als Lohnarbeiter bezahlt werden, und wir stimmen deshalb mit Bremen und Hamburg darin überein. Aber unsere hiesigen Verhältnisse zwingen den Steuermann oft, sehr oft, bis Abends spät die Arbeit zu beaufsichtigen, also in Thätigkeit zu sein. Man klagt viel darüber und bestreitet auch vielfach diese Nothwendigkeit, da man meint, Abends müsse hier oft nachgeholt werden, was am Tage mitunter ohne Noth versäumt sei. Die im Laufe der Jahre eingetretene Mode sei ein Uebelstand, der bei gutem Willen beseitigt werden könne. — Das zu beurtheilen, überlassen wir Kennern der einschlägigen Verhältnisse, müssen dies aber vorausschicken, um verständlich zu machen, daß eine neue Bestimmung: „Schiffs-offiziere erhalten für Ueberarbeitsstunden keine Entschädigung“ diesen Kreisen einen ganz wesentlichen Theil ihres bisher bezogenen Einkommens rauben würde. Nachdem die Aufmerksamkeit einmal auf diesen, die Lebensbedingungen unserer Steuerleute und Maschinisten so nahe tangirenden Zusatz gelenkt war, trat eine sehr lebhaft Besprechung darüber ein. Der Meinungsaustrausch bewirkte dann auch einen Vereinskluß, für Ueberstundenlohn der Offiziere einzutreten.“

Schlecht unterrichtet zeigt sich der Verfasser — oder wohl die Verfasserin — eines den Haushaltungsunterricht in der Volksschule behandelnden Artikels der „Lüb. Blätter“. Dort heißt es nämlich: „In unserer Stadt ist — abgesehen von Ausnahmen — die Mutter noch nicht gezwungen, in die Fabrik zu gehen.“ Dabei waren im Jahre 1899 allein in den der Gewerbeinspektion unterliegenden Fabriken nicht weniger als 344 verheiratete Frauen beschäftigt, ungerechnet die vielen in Konjerven- und Fischwaaren-Fabriken thätigen, ganz abgesehen von den durch nichtgewerbliche Berufe jeden Tag dem eigenen Heim Entzogenen. Hat doch sich in St. Lorenz ein Frauenhortverein gründen müssen, um den schlimmsten Folgen dieses zur höheren Ehre des Geschlechts geschaffenen Zustandes wenigstens in etwas vorzubeugen. Manche Leute sind mit gar wunderlichen Vorstellungen von unsern Arbeiterverhältnissen erfüllt!

Ein echter Dickhäuter grafte am Sonntag auf der Eselswiese der „Eisenb. Ztg.“ Er bezeichnete sich als ein „Engländer“ und machte Stimmung für die Müllvorlage. Dabei versuchte er, wie folgt: Das „Berechtigtheitsgefühl“ des „Gen.-Anz.“ sei ein recht einseitiges, weil ein mit den unteren und untersten Schichten unserer Bevölkerung liebäugelnde. „Jedermann sollte doch wissen, daß in diesen Schichten es Tausende von Erwerbenden giebt, die nicht einen Pfennig Steuern leisten, die aber wohl in der Lage wären, von je 100 Mk. Einkommen 1/2—1 pBt. zu zahlen und die es auch thatsächlich fertig bringen, von ihrem bescheidenen Einkommen Beiträge, allerdings nicht für der Allgemeinheit zu Gute kommende, wohl aber für Parteizwecke mehr oder minder regelmäßig zu leisten. Die Hauptsumme der Steuern bringt doch — und das weiß doch auch Jeder — der Kreis der Wohlhabenden auf. Diese haben somit auch ein unbedingtes Recht, daß der Staat die vornehmlich aus ihren Geldbeuteln stammenden Steuer-

gewohnter Gefühlsaufwallung gleich so weit, von den nächsten Wahlen den Sieg der Liberalen zu erhoffen und an diesen Regierungsumschwung die phantastischsten Schlussfolgerungen zu knüpfen. In den leitenden Kreisen urtheilt man wohl hierüber skeptischer. Wenn auch die Kriegsstimmung in London in der letzten Zeit etwas abgeklaut ist, so scheint sie doch immer noch stark genug zu sein, um imperialistische Wahlen zu erzielen.

## Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Entweder sind die Telegraphenverbindungen in Südafrika nun sämtlich zerbrochen oder aber das englische Kriegsbüro hält die Nachrichten vor der Öffentlichkeit zurück, denn offizielle oder auch nur offizielle Meldungen aus Südafrika liegen nicht vor. Lediglich das „Reuterische Bureau“ meldet aus Kimberley vom 21. d. M.: Die Bedeckungsmannschaft eines britischen Trains hatte ein Gefecht in der Nähe von Boschof. Die Büren wurden angeblich mit Verlust von 15 Todten und Verwundeten zurückgeschlagen. Die Engländer hatten drei Leichtverwundete.

Ein scharflicher Feind ist den Engländern in Südafrika erwacht. Nach einem glaubwürdigen Privatbriefe, der in Brüssel eingetroffen ist, richtet nämlich die Burenpeft furchtbare Verheerungen in der englischen Armee an.

Das Reuter'sche Bureau meldet aus Johannesburg vom 21. Januar: Der Dewet, der sich kürzlich in Transvaal mit General Vorha vereinigte, ist nicht der General Dewet. Man glaubt, letzterer holte sich noch immer im Oranjestaat auf. — Was der Mensch hofft, das glaubt er. Vielleicht zeigt bald Dewet durch Brügge, die er den Engländern zu theil werden läßt, wo er jetzt eigentlich steht.

Aus Kapstadt wird Londoner Blätter berichtet: „Am vergangenen Sonntag fand bei Ermelo eine Zusammenkunft der Burenführer Dewet und Vorha statt. Man glaubt, daß diese beschlossen haben, eine gemeinsame Aktion gegen die Engländer zu unternehmen.“ — Wie naiv! Daß sich Dewet und Vorha nicht über Familienangelegenheiten unterhalten haben werden, konnte man auch ohne Kabeltelegramm wissen.

Aus Kapstadt wird schließlich noch gemeldet: Drei neue Afrikaerzeitungen sind unterjagt worden. Eine Versammlung der Stadtschöffen ist einberufen, um die Mittel und Wege zur Bertheidigung der Stadt zu prüfen. Eine öffentliche Versammlung, der etwa 800 Personen bewohnten, beschloß die Bürgerwehr mit den Truppen in ein einziges Korps zur Bertheidigung der Stadt zu veremselzen. Kourouk und Zumbeld sind von den Engländern gefangen worden, sämtliche Gemeinderathen wurden nach Alwathorth gebracht. Die täglichen Kriegesaktionen werden angeblich nach Einstellung der neuen Rekruten, Promananz und Polstruppen auf 10 Millionen Francs veranschlagt. Die Regierung hat den Schottischen sogar einen täglichen Sold von 5 Schilling, Schottischen von 10 Pfd. Sterl. und Lebensversicherungsbeträgen von 100 Pfd. Sterl. an.

Buller scheint übrigens nicht der einzige von den Buren abgetakete englische General geblieben zu sein; das zeigt eine Nachricht, die die „Vor“ aus Hannover erhalten hat. Ein dortiger Ingenieur, dessen Bruder im Korps des mächtigen Burenführers Herog jetzt den Einsatz in die Kapkolonie mitgemacht hat und seit ein Monaten bei den Buren weilt, erhielt einen Brief aus Südafrika, in dem sich folgende interessante Mittheilung befindet: „Vor einigen Tagen nahmen wir wieder einen englischen Oberst gefangen, ich glaube, das ist der siebente, den die Buren gefaßt haben. Wir haben nur drei Generale, Buller, Hunter und Saken (?) gehabt, und außer den Obersten noch andere höhere Offiziere. Wir nehmen diesen Leuten den Eid ab und den Blutsauf (?), denn das Ehrenwort geht nicht mehr. Sie müssen die Waffen ablassen und sich auf Eid und Blut verpflichten, nicht mehr in Südafrika zu kämpfen. Lassen wir sie wieder, kriegen sie eine Kugel auf die Brust gelegt. Einen Offizier mußten wir bereits dierhalb erschießen; doch das hilft nicht, endlich muß die Sache zugehen. Wir haben jetzt Munition aus England gefriegt (!), weiß der Teufel, wie die Kerls die an Land gebracht haben.“ — Das ist wahrhaftig nicht uninteressant, denn am 19. Januar meldete eine Depesche aus London: „General Hunter leidet infolge Krankheit nach England zurück, er wird in seinem Kommando durch Oberst Luder ersetzt.“ Aus dem obigen Briefe weiß man indessen, wie die Krankheit des verunglückten Strategen ausieht.

Die Erniedrigung der portugiesischen Regierung vor England geht, wie der „Secolo“ in Mailand schreibt, so weit, daß die Portugiesen jetzt die in Lourenco Marques befindlichen Buren topfweise verkaufen werden. Der Gouverneur von Lourenco erhält für jeden Buren, der von der Delagoabucht nach Mozambique oder Ostafrika deportirt wird, eine Prämie von 5 Pfd.; außerdem erhebt England alle Transportskosten. Ferner meldet „Argus“ in Kapstadt aus der Delagoabucht, die Zollgebälle für die nach Transvaal bestimmten Waren würden dort von englischen Zollbeamten erhoben. 15 Pct. des Betrages würden an die Portugiesen abgeliefert.

## China.

Vom Chinawirwar. Aus der ostasiatischen Wetterred liegen heute nur diese Nachrichten vor: Ein Dekret des chinesischen Kaisers ernannt den Telegraphendirektor Scheng zum assistirenden Minister für den Handel. — Die Londoner Zeitungen veröffentlichten ein Telegramm aus Malta, wonach die britische Kriegsschiffe „Canopus“ und „Deean“ Befehl erhielten, nach China abzugehen.

Die sieben deutsche Verlustliste wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Darnach wurden im Gefecht bei Jung-tsing-hsien am 15. Dezember verletzt: Major von Haine, aus Künnersdorf, durch schwere Brandwunden, Hauptm. Schäfer, aus Düsseldorf, durch schwere Brandwunden, Ostr. Edwin Gremer, aus Burticheld, durch einen Säbelstich über die Hand. Außerdem gestorben bzw. vermißt: Musk. Dernbach-Wettmann, Musk. Lampen-Werzen, Musk. Weiß-Marbach, Musk. Tucher-Wappen, Musk. Knöppe-Neuendorf, Musk. Mategat-Ragnit, Gestr. Schülze-Friedersdorf, Musk. Blümel-Bernau, Musk. Paad-Schären-söhlen, Musk. Hittmann-Sibbersdorf (vermißt), Musk. Griesheim-Altkoch (Typhus und Lungenentzündung), Gestr. Geyalka-Brandt (Ruhr), Musk. Kirich-Bitterfeld, Gestr. Clouder-Görha, Musk. Busch-München-Gladbach, Gestr. Born-Urweiler, Trainold, Dalsiden-Krempdorf, Musk. Brandenburg-Wismar, Musk. Falner-Arolsen, Musk. Brandt-Frankfurt a. M., Musk. Krause-Sangerhausen, Musk. Glogner-Königsbrunn, Jäger Schultken-Raunborn, Kanon. Guth-Trippstadt, Kanon. Mühle-Alsfrieden, Kanon. Hoyer-Eidena, Trainold-Nylord-Halberstadt.

Ueber einen verurtheilten „Hünen“ wird dem „Hamb. Corr.“ aus Hannover gemeldet: Ein Artillerist von einer ostasiatischen Haubitzen-Batterie, der zur Verbüßung einer Gefängnisstrafe aus China nach Deutschland transportirt wurde, passirte mit einem Ueberführungscommande den hiesigen Bahnhof. Der Mann hatte infolge einer Verletzung eine Chinestru erschossen und einen Kameraden schwer verletzt. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren. Er wurde von einem Unteroffizier und zwei Reinesoldaten nach Engbad transportirt, um im dortigen Gefängniß die Strafe zu verbüßen, da er gleichzeitig aus dem Heere ausgeschieden wurde.

gesehen vom Leutnant, wurden geadeht, nicht weniger 1000, sage eintausend, mit Orden erfreut. — Die seit Monaten beabsichtigte Gründung eines mitteldeutschen Kohlenringes, der sämtliche Kohlenreviere Sachsens und Mitteldeutschlands umfassen sollte, wird, wie die „Allg. Ztg.“ in Chemnitz meldet, nicht zur Ausführung kommen. An seine Stelle tritt eine freie Konvention der mitteldeutschen Werke. Die Wirkung der Konvention dürfte der des Ringes nicht viel nachstehen. Ob durch einen Ring oder durch eine „freie Konvention“ die Konsumenten geschöpft werden, bleibt sich für diese völlig gleich. — Die badische nationalliberale Landesversammlung, besucht von sämtlichen Abgeordneten, zahlreichen Delegirten und den Reichstagsabgeordneten Wasserhann und Blantenhorn, stimmte mit allen gegen vier Stimmen der Einführung des direkten Landtagswahlrechts ohne Kautelen zu. — In der kantonalen Volksabstimmung wurde die Initiative für die Proportionalwahl des Großen Rathes in St. Gallen mit 24 931 gegen 24 417 Stimmen verworfen. — Ueber 1000 Droschkenfahrer in Paris beschloßen in einer Versammlung, in den Ausland zu treten. — In Brüssel wurde Dienstag das Urtheil in der neuen Verhandlung des Prozesses der Transvaalregierung gegen die Unternehmer der Eisenbahn Komatiport, Phebsdorp wegen Uebervertheilung in Höhe von 11 1/2 Millionen Francs gesprochen. Die Verurteilung dauerte 1 1/2 Stunden. Die Klage gegen den erkrankten Barquier Robert Oppenheim wurde vom Prozeß abgetrennt. Ingenieur Barouat und Baconnier-Paris wurden freigesprochen. Eugen Oppenheim erhielt 3 Jahre Gefängniß, gegen 1 Jahr in der früheren Verhandlung, Hewne und Warnot 2 1/2 Jahr gegen 1 Jahr in der früheren Verhandlung; Barouat Terwagne-Büttich 1 Jahr gegen 6 Monate in der früheren Verhandlung. Alle Angeklagten waren abwesend. — Die schwedische Regierung hat dem Reichstage ein Gesetz betr. die einjährige Wehrpflicht (jezt 90 Tage) vorgelegt. — Montenegro will ein moderner Staat werden. Wie die Wiener „Politische Correspondenz“ meldet, wird dort an Gegenständen einig gearbeitet, welche die Neuordnung des gesamten Gerichtsweßens, Trennung der Verwaltung von der Justiz, der Hoffnungen von den Staatsfinanzen und regelmäßige Feststellung des Jahresbudgets bezwecken.

## Frankreich.

Die Debatte über das Vereinsgesetz in der Deputirtenkammer, die Dienstag voriger Woche begann, hat bisher die vielfach erwarteten Zwischenfälle nicht gebracht. Sie ist sachlich genug verlaufen, hat aber in den Reden für und gegen — von letzteren ragte die besonmere Aeußerung des Altliberalen Renaudi-Morliere, von ersteren die temperamentvolle des Sozialisten Viviani hervor — sofort zu Tage gebracht, daß es sich einzig und allein um die Behandlung der religiösen Ordensgesellschaften und ihres Vermögens handelt. Während die Regierungsvorlage ein scharfes Vorgehen nur gegen die nicht genehmigten Orden und ihren freilich ungeheuren Besitz an Kapital und liegenden Gütern wünscht — vielleicht in einem gewissen geheimen Einverständnis mit dem Papst, dem das Ueberwuchern dieser Orden privaten Charakters nicht allzu genehm sein soll — will die Linke bis zur vollen Vermögenskonfiskation aller geistlichen Kongregationen gehen. Die Debatte dürfte sich noch wochenlang hinziehen. In der Sitzung am Montag wies der klerikale Heißsporn Graf de Mun die Anklagen gegen die Orden zurück und besprach sodann die Frage des Besitzes der „todten Hand“. Er erklärte, die von der Regierung veröffentlichten Dokumente, welche den Besitz der Orden auf eine Milliarde Francs bewerten, für unrichtig. Er versicherte, daß viel von dem Besitzthum, das die Orden inne hätten, ihnen nicht gehöre. De Mun schätzte ihr Vermögen auf nur 435 Millionen, worin das der zugelassenen Orden mit einbezogen sei. Waldeck-Roussau warf er vor, dem Drängen der Sozialisten nachgegeben zu haben. Ministerpräsident Waldeck-Roussau erwiderte, der Zweck des Gesetzentwurfs sei, das unbestreitbare Uebergewicht der bürgerlichen Gesellschaft herzustellen; die Regierung erwachte die Annahme des Gesetzentwurfs für notwendig. Die Kirche sei keineswegs bedroht. Die Regierung wünsche durch den Gesetzentwurf den Frieden und die regelrechte Entwicklung ihrer Einrichtungen zu sichern. (Dreifacher wiederholter Beifall.) Die Kammer beschloß alsdann mit 238 gegen 226 Stimmen, daß die Rede des Ministerpräsidenten öffentlich in ganz Frankreich angeschlagen werde. Allgemein betrachtet man in Paris diese Abstimmung als einen Beweis dafür, daß schließlich der gesammte Gesetzentwurf über die religiösen Orden mit derselben Mehrheit in der Kammer zur Annahme gelangen wird.

## England.

Die Königin Viktoria ist Dienstag Nachmittag kurz nach 6 1/2 Uhr im Osborne House auf der Insel Wight gestorben; sie wäre im kommenden Mai 82 Jahr geworden. Ihr Nachfolger und Sohn, der Prinz von Wales, wird sich, wie Londoner Meldungen versichern, Edward VII. nennen. Der Prinz von Wales heißt Albert Edward, und die Namenswahl für seine Königsfirma scheint insofern bedeutsam, als sie zu bestätigen geeignet ist, daß er den Namen seines Vaters, des Prinzgemahls Albert, mit tendenziöser Absicht ablegt. Der bekannte skandalöse Lebenswandel des Prinzen hat angeblich bei Vater und Mutter niemals Billigung gefunden, und die daraus entstandene Entfremdung soll sogar bei der jetzigen Erkrankung der Königin stark wahrnehmbar geworden sein. In den politischen Kreisen, die selbstverständlich einen Thronwechsel in England als ein Ereigniß von der größten Tragweite anschauen, erwartet man einen bedeutungsvollen Umschwung der englischen Auslandspolitik nicht von der Person des Herrschers (England wird bekanntlich parlamentarisch regiert) sondern allenfalls von den Parlaments-Neuwahlen, die laut Verfassung zu erfolgen haben. Und offenbar befindet sich das Kabinett Salisbury augenblicklich, infolge der Wendung, die der Burenkrieg plötzlich nahm, in weit ungünstigerer Lage als im letzten Herbst. Die große Menge geht in

beträge nicht nur für Zwecke, die der Allgemeinheit dienen, verwendet, sondern mit denselben auch den Interessen der Wohlhabenden dient." Eine Logik, wie sie spießbürgerlich-bornirter, eine Beweisführung, wie sie dummdreißiger kaum gedacht werden kann. Dafür daß die oberen Zehntausend es verstehen, den von den Arbeitern produzierten Mehrwerth einzusacken, müssen ihnen Extrawürste gebraten werden; weil sie die hohen Steuern zahlen! Honny soit qui mal y pense! Der Mann muß nächstes Mal 'rin in die Bürgerschaft!

**Die Pestgefahr.** Es ist durch bakteriologische Untersuchung der an Bord des Dampfers „Pergamon“ in Hamburg gefundenen todtten Motten festgestellt, daß dieselben an der Pest verendet sind; sowohl die Besatzung der „Pergamon“ wie die Arbeiter, welche mit der Ladung in Berührung gekommen sind, unterstehen fortwährend der ärztlichen Ueberwachung. Alle Leute sind gesund. Die Entlöschung des Dampfers erfolgt unter polizeilicher Aufsicht und hafenärztlicher Kontrolle.

**Ausländische Kinder** müssen nach einer neuen Verordnung des Medizinalamts innerhalb vier Tagen — von der Einstellung in den hiesigen Schlachthof ab gerechnet — abgeschlachtet werden.

**Die Kommerzbank** beabsichtigt für 1900 eine Dividende von 7 2/3 Prozent zu verteilen.

**Das Stadttheater** hat, wie Herr Direktor Gottscheid erklärte, bisher eine wenn auch nicht glänzende, so doch achtenswerthe Uebersicht zu verzeichnen.

**Aus der Theaterkassette** schreibt man uns: Donnerstag wird Otto Ernst's so beifällig aufgenommene Komödie „Flachsmann als Erzieher“ wiederholt. Freitag geht zum 3. Male „Die Puppe“ in Szene, die auch bei der gestrigen Aufführung starken Beifall fand. — (Wie wir erfahren, soll demnächst auch wieder einmal Richard Wagner, der in der laufenden Saison so stiefmütterlich behandelt worden ist, zu Worte kommen und zwar mit „Lohengrin“. Die Titeltrolche wird von einem auswärtigen Tenor, die Eska von Frl. Linden gesungen werden. Red.)

**Cocospreise.** Bis auf Weiteres gilt: **Platzverkauf Gasanstalten;** Grobe hl 1,30 Mk., 20 hl und mehr 1,25 Mk., zerschlagene I hl 1,65 Mk., 20 hl und mehr 1,60 Mk., zerschlagene II hl 1,55 Mk., 20 hl und mehr 1,50 Mk.; **Lieferung frei ins Haus** durch Bernhöft u. Wilde oder Heinrich Diestel: Grobe hl 1,40 Mk., 20 hl und mehr 1,35 Mk., zerschlagene I hl 1,75 Mk., 20 hl und mehr 1,70 Mk., zerschlagene II hl 1,65 Mk., 20 hl und mehr 1,60 Mk.

**Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen** in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1900. Geboren sind 198 Kinder, davon 123 männlichen, 75 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 4 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 62 Personen männlichen, 62 weiblichen Geschlechts, in Summe 124. Demnach Ueberschuss an Geburten 61 resp. 12. Ingesamt 74. Auf 1000 Einwohner waren 28,77 Geburten, 10,75 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 35, von 1—5 Jahren 11, bis zu 10 Jahren: 7, bis zu 15: 2, bis zu 20: 3, bis zu 30: 7, bis zu 40: 6, bis zu 50: 7, bis zu 60: 16, bis zu 70: 8, bis zu 80: 17, bis zu 90: 5, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 5, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 11, Lungenerkrankung in 7, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 8, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 12, Folgen des Hochfiebers in 0, Krebs in 12, angeborene Lebensschwäche in 5, Altersschwäche in 6, Unglücksfall

in 4, Selbstmord in 3, Gelenkrheumatismus in 1, Herzleiden in 5, Krämpfe in 5, Nierenleiden in 3, Wasserlucht in 0, Schlagfluß in 10, Typhus in 3, Malaria in 1, Scharlach in 1, Milzbrand in 0, sonstige Krankheiten in 14, unbekannt in 6 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 64, Vorstadt St. Jürgen 9, St. Lorenz 22, St. Gertrud 7, die Krankenanstalten 22.

**\* Kleine amtliche Nachrichten.** In das Handelsregister ist am 17. d. Mts. eingetragen die Firma: Wilhelm Burmeister, Lübeck. Inhaber: H. W. Burmeister, Kaufmann; bei der Firma „Fr. Schlichting“: daß F. F. Schlichting ausgetreten, die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. H. F. W. Schlichting als Gesellschafter eingetragen, das Geschäft mit der Firma an eine aus dem bisherigen Gesellschafter F. F. Schlichting und H. F. W. Schlichting gebildete offene Handelsgesellschaft, welche am 1. Januar 1901 begonnen hat, übergegangen ist; bei der Firma „F. J. Strube“: Protarist: F. W. Cappel; bei den Firmen: „F. Strauß“, Lübeck, „Johs. Koop“, Ruffe. Die Firma ist erloschen; am 18. d. Mts. bei der Firma „Carl Wittmad“: Die Firma ist erloschen.

**Eine Gemeindebeschreibung des Fürstentums Lübeck** wird vom statistischen Bureau in Lübeck i. Gr. vorbereitet. Sie soll auf Grund umfassender Erhebungen über die verschiedenartigen Vorgänge des öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens (geographische Verhältnisse, Bevölkerung, Grundeigentum, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Verkehrswege, Versicherungswesen, öffentliche Verwaltung, Armen-, Schul-, Kirchen-, Gesundheitswesen, Bekleidung, Einnahmen, Bauten, Altershäuser, Geschichtliches) je in den einzelnen Gemeinden Aufschluß gewähren und somit den weitesten Kreisen der Bevölkerung als ein überaus wichtiges Nachschlagewerk eine zuverlässige Informationsquelle bieten. — Um die zu druckende Auflage nun festzustellen, erludt das Statistische Bureau alle diejenigen, welche zur Anschaffung des Werkes geneigt sind, dies dem Statistischen Bureau mitzuteilen. Der bis zum 15. Febr. fest bestellt hat, erhält das gebundene Exemplar für bloß 3 Mark, während der Ladenpreis später bedeutend höher sein wird. Wie bei der Gemeindebeschreibung des Herzogthums Oldenburg werden wieder die wenigsten Einwohner, die ein Interesse daran haben, von der Herstellung dieses Buches etwas erfahren. Daran ist nur schuld, daß das Statistische Bureau, anstatt in allen Blättern des Großherzogthums eine Anzeige zu erlassen, lediglich in den „Oldenburger Anzeigen“ solche Bekanntmachungen erläßt. In dem „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck“ mag vielleicht eine Bekanntmachung noch erfolgen. Aber auch das ist vollkommen ungenügend, um solche nützliche Unternehmen möglichst vielen zur Kenntniß zu bringen und dafür zu interessieren. Diese Bücher können bei einer großen Auflage billiger hergestellt werden und werden dann auch mehr gekauft; heute sind sie verhältnismäßig theuer. Wir empfehlen den Arbeitervereinen des Fürstentums Lübeck die Anschaffung des Buches und sollten ihre Vertreter nicht veräumen, bis zum 15. Februar beim Statistischen Bureau zu Oldenburg so viel Exemplare zu bestellen, als sie gebrauchen oder abgeben.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Malente führte die Arbeiterfrau Hüttmann aus dem Bodenseer und erlitt tödliche Verletzungen. — In Sandhorst bei Bloen brannte ein von vier Arbeiterfamilien bewohnter Häuflein nieder. Gerettet ward nichts. — Das Kriegsgewicht der Marineakademie in Kiel verurtheilte die Bootsmannsmatte Zillhardt, Drews und Wertz wegen gemeinschaftlicher Diebstahlhandlung der Schiffsjungen Wndt, Laubenpecht, Skrypchal und Pfeiffert von der untergegangenen „Gneisenau“ während seiner letzten Auslandsreisen zu 9, 15 und 6 Monaten Gefängniß. Drews außerdem zur Degradation. Zillhardt und Drews wurden sofort verhaftet. — Das Schulschiff „Stein“, welches die gerettete Mannschaft der „Gneisenau“ aufnehmen soll, erlitt, wie aus Kiel gemeldet wird, bei seiner ersten Probefahrt Maschinenavarie durch Warmlaufen der Kolbenlager. Der Maschinenraum füllte sich mit Dampf, ohne daß dadurch Schaden angerichtet wurde. Als jedoch beim Ankerwerfen die Untermaschine verlagte, weil sie auf dem todtten Punkte stand und ein Schiffsjunge

eingriff, um die Maschine in Bewegung zu setzen, ging die Maschine plötzlich an und der Unter Kapitän traf, zurückschlagend, die Bedienungsmannschaft. Der erste Offizier, Kapitänleutnant Funke, erlitt schwere Brust- und Beinverletzungen, Bootsmann Turke eine Kopfverletzung, dem Obermatrosen Satoj wurden beide Schläfenbeine zertrümmert. Die für den 24. Januar in Aussicht genommene Uebungsreise der „Stein“ ist infolge dessen aufgeschoben. — Der spanische Dampfer „Busturia“, nach Hamburg bestimmt, ist, wie aus Wpl a. Föhr gemeldet wird, bei Amrum gestrandet — Wegen Brandstiftung wurde in Hadersleben der Arbeiter Matthias verhaftet, welcher aus Mache über seine Entlassung eingestandenemmaßen im Kesselhause der Holzbearbeitungsfabrik von Paulsen Fener anlegte, wodurch großer Schaden angerichtet wurde. — Unter dem Verdacht, ein Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben, wurden ein Erbpäckerlohn aus der Umgegend von Reha und ein dort bediensteter Knecht in das Gefängniß eingeliefert. — In Grevesmühlen wurde am Dienstag Morgen das Hintergebäude des Senator Gebhard'schen Hauses in der Lübeckstraße sowie die Gebäude des Wäders Bähring durch Fener total zerstört. — In Moorbrink bei Schwerin wurde ein Stall durch Fener zerstört, wobei 800 Schafe umgekommen sein sollen. — In Gütrow erhängte sich in der Artillerie-Kaserne ein Kanonier. — In Warena wurde ein Arbeiter beim Holzfällen von einem Ast am Kopfe lebensgefährlich verletzt. — In Krakow ertrank der vierjährige Sohn des Arbeiters Seemann bei dem Spielen auf dem Eise. — In Neustrelitz brannten Sonntag das Stallgebäude der Gasthofbesitzerin Bremer, das Haus des Kaufmanns Wagner nebst Lagerräumen und das Wohnhaus nebst Werkstatt des Schlossermeisters Lebowsky total nieder. — In Gr. Laack bei Ludwigslust wurde das Wohnhaus des Wäders Teck ein Raub der Flammen. — Ein gewaltiges Feuer haust nach einer der „Medienburger Zeitung“ zugehörigen Meldung in Grabow. Es kam Dienstag Nacht in dem von fünf Familien bewohnten, an der Großen Straße gelegenen Hause des Schneidemeisters Zühlendorf aus, sprang auf das Wohnhaus des Buchsenfabrikanten Grubitz über, dieses ebenfalls in Asche legend, ergriff dann einen neuen, dem genannten Schneidemeister gehörigen Stall, sowie das Wohnhaus desselben, welches in der Marktstraße gelegen, und drohte bei Schluß des Berichts auf die Häuser des Kaufmanns Ehlers und des Rentners Hermann überzugehen.

**: Stockelsdorf. Feuer.** Montag Abend 7 Uhr brannte das Herrn Giese in Curau gehörige, von den Arbeitern M. Alius und Ahrens und dem Former W. Drever bewohnte Haus nieder. Das Feuer soll in der mittleren, Ahrens'schen, Wohnung zum Ausdruck gekommen sein. Da das Haus Strohdachung hatte, war es natürlich rasch in Asche gelegt. Die hiesige und die Krempeksdorfer Feuerwehr waren zur Stelle. Alle drei Abgebrannten sollen zum Glück ihre Mobilien versichert haben.

**Bloen. Brodwucherer an der Arbeit.** Die Generalversammlung des hiesigen agrarischen „Bereins zur Förderung nationaler Bestrebungen“ hat den konservativen Abgeordneten des Kreises Bloen-Oldenburg, Dr. Stockmann, in einer Resolution um recht hohe Getreidezölle ersucht. In dieser sogenannten Generalversammlung waren, wie der „Freis. Bzg.“ mitgetheilt wird, überhaupt nur 15 Personen zugegen, einschließlich des Landrats und des Kreissekretärs.

#### Stierischanz-Biehmarkt

Hamburg, 22. Januar

Der Kälberhandel verlief gut. Zuführt wurden 1215 Stück. Preise: Beste 95—103 Mk. geringere 60—85 Mk. pr. 100 Pfd.

**Sarg-Magazin**  
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**  
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Logis zu vermieten Kaufstraße 19, part. Burgthor.  
Logis für einen Herrn, pro Woche 2 Mark St. Annenstraße 8.

**Züchtige Rodschneider**  
verlangt  
**Rudolph Karstadt.**  
Gericht ein ordentlicher jüngerer Hausknecht.  
Aug. Scheere, Thüringer Buchfabrik.  
Ein neues zweischlängiges Bett, Oberbett, Unterbett, Kissen und 2 Kissen 48 Mk. Schwabstraße 16.  
Eine Hobelbank zu verkaufen.  
Zu verkaufen in der Groden 5. Hl.  
Abzugeben genommen vor 14 Tagen eine rothbraune Schiebkarre, an den Straßen mit Räder, Lübeckstraße 65. Der eiserne Kasten wird gegeben, bei der Bel. abzugeben Mühlenstraße 2a.  
Ein neues Monate altes Kind in Kost und Pflege zu geben. Näheres Mühlenstraße 82, part. rechts.  
Sehr schöne isische Gohnter, per Hund nur 1.10 Mk., sehr schöne Banerabutter, per Pfund nur 1.00 Mk. empfiehlt C. Ohlert, Königstraße 123.

**Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.**

**General-Versammlung**  
am Montag den 28. Januar 1901  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900 und Jahresbilanz.  
2. Zahlen nach § 17 des Statuts.  
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

**Klauenöl**  
präparirt für Kälberkälber und Fahrräder von  
**H. Möbius & Sohn**  
Knochenölfabrik,  
**Hannover.**  
Zu haben in allen besseren Handlungen.

**Soeben erschienen:**  
Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.  
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.  
Die Genossenschaftsbewegung.  
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.  
Von Gotha bis Witten.  
Von J. Aner. Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Rum**  
in bekannter guter Qualität empfiehlt  
**Heinr. Cords**  
**J. P. H. Grube Nchl.**  
35 Engelstraße 35.

**Achtung!**  
**Verband der Fabrikarbeiter!**  
Die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen haben sich am 22. d. Mts. um 9—10 Uhr bei F. Lecke, Lederstraße 3, zu melden. Erste Kontrolle Freitag den 25. Januar. Wer nicht erscheint, wird nicht berücksichtigt.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung Drechsler!**

**Section-Versammlung**  
am Donnerstag den 24. Januar  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Locale des Herrn F. Lecke, Lederstr. 3.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Localverwaltung  
des Holzarbeiter-Verbandes.

**Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.**  
Uebungen der Schülerabtheilung  
(Knaben über 8 Jahre)  
von Dienstag den 22. Januar einschl. regelmäßig jeden Dienstag u. Donnerstag von 6—8 Uhr  
in der Turnhalle, Johannisstraße 63.  
Aufnahmen finden in der Turnhalle statt.  
Der Vorstand.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 24. Januar.  
(114) 89 Abonn.-Vorst. 16. Donnerstags-Abonn.  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Freitag den 25. Januar.  
**Die Puppe.**

## Die Gewerkschaften und die Krisen.

Eine wichtige Seite der Gewerkschaftsbewegung wird in einer Studie besprochen, die Dr. Baranowski, an der Petersburger Universität als Lehrer angestellt, kürzlich herausgegeben hat. Baranowski untersucht das Verhältnis zwischen den Handelskrisen und den Gewerkschaften; er weist nach, daß die Krisen heute lange nicht mehr die schrecklichen Folgen für die Arbeiter haben, wie es früher der Fall war. Und das ist den Gewerkschaften zu verdanken.

In der Besprechung der Handelskrisen in England kommt der Gelehrte zu dem Schluß, daß dieselben, trotzdem sie in der letzten Hälfte des Jahrhunderts stärker und andauernder aufgetreten sind, nicht so verheerende soziale Wirkungen gezeitigt haben, als es in der vorausgegangenen Periode geschah. Die Erklärung dieser Erscheinung findet der Verfasser in der Erstarkung der Gewerkschaften, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung der Arbeiter vor einem Herabsinken in das Vagabundentum und die Verbrechertum bewahren und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse selbst fortwährend gehoben haben.

Der Verfasser sagt dann weiter:

„Es wird klar, welche Bedeutung die Gewerkschaften in Bezug auf die Handelskrisen haben. Indem die Gewerkschaften die Arbeitslosen unterstützen, paralysieren sie den Einfluß der Krisen auf die Arbeiter und bewahren diese vor dem Verhungern oder vor einer Wanderung ins Arbeitshaus. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der englischen Arbeiter, das Aufhören der verderblichen Wirkungen der Handelskrisen muß hauptsächlich auf das Konto der Entwicklung der Trades Unions, wie der sonstigen kooperativen Vereine der englischen Arbeiterklasse gesetzt werden.“

Dr. Baranowski untersucht in seiner Studie über die Gewerkschaften auch die Frage, in welcher Weise ein gesteigerter Waarenexport auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse einwirkt. Die Unternehmerpresse will häufig genug den Arbeitern beweisen, daß erhöhte Kapitalistenprofite auch erhöhte Arbeitslöhne bedeuten. Dieser Verdrehung der Tatsachen kann nicht genug entgegengetreten werden. Der Kapitalismus hat nie eine größere Eier nach billigen Arbeitskräften, als wenn er seine Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland verstärken will.

Zu demselben Schluß gelangt auch Dr. Baranowski. Er schildert die Zeit der industriellen Machtentfaltung Englands und bemerkt dazu: „Das enorme Anwachsen der Waarenexport Englands stand im schroffsten Gegensatz mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse der ganzen arbeitenden Klasse.“

„Die nächste Epoche bietet uns ein ganz anderes Bild. Der englische Export steigt nicht mehr. An Stelle des energischen Steigens mit starker Senkung in den Jahren der Krisen sind regelmäßige Schwankungen auf demselben Niveau getreten. Die industrielle Entwicklung des Landes schreitet in einem verlangsamten Tempo vorwärts. Und zugleich sind im Volksleben alle Merkmale eines steigenden Wohlstandes zu beobachten. Die Sterblichkeit, die Kriminalität und der Pauperismus sinken rasch. Die Krisen üben nicht mehr den früheren Einfluß auf die Lage der Bevölkerung aus. Selbst in den Industriebezirken hat die Geschäftsstockung nicht mehr die frühere äußerst verderbliche Wirkung auf die Arbeiterklasse: die Sterblichkeit und die Kriminalität steigen nicht mehr und die Zahl der Paupers wächst kaum merklich. Die organisierte Arbeiterschaft unterstützt ihre Arbeitslosen selbst.“

Der erhöhte Kapitalgewinn wurde also in England auf Kosten der Arbeiterklasse erreicht. Die Armut wuchs mit der Steigerung der kapitalistischen Profite.

„Vielleicht finden sich“, sagt dazu die „Schweizer Arbeiterstimme“, „Leute, die gerade in dieser Eigenschaft der

Gewerkschaften, die Arbeiter während des Krisen nicht völlig in Noth und Elend untergehen zu lassen, eine Schädigung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Allgemeinen erblicken. Wir sind nun aber der festen Ueberzeugung, daß die Ansicht, es könne den Arbeitern nicht schlecht genug gehen, erst die äußerste Armut bewege sie, sich zu organisieren und ihren Ausbeutern Widerstand entgegenzusetzen, zu den von der Erfahrung aberwundenen Ansichten gehört. Die äußerste Armut hat eine Entkräftigung und Niederbrückung der ganzen Persönlichkeit zur Folge. Zur Erhaltung der Energie, wie sie zur Theilnahme an den Kämpfen notwendig ist, gehört es, daß der Mensch nicht ganz in den Sumpf des Elends versinke.

Aus diesem Grunde kann man mit Recht sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht nur die politische Bewegung stärkt. Nein, sie hat eine noch viel größere Mission, wie wir schon oft genug nachgewiesen haben. Da, wo die Arbeiter im Elend schwachen und überhaupt noch nicht ganz sittlich und moralisch verfault sind, müssen die Gewerkschaften erst die Grundlage schaffen zur politischen Bethätigung und zu einem freien Menschenthum.“

## Soziales und Partelleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Montceau-les-Mines ist abermals ein Bergarbeiterausstand ausgebrochen.

Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse hat nunmehr beschlossen, daß in den von Vereinsmitgliedern ausgehenden Anzeigen, worin technisches Personal gesucht wird, die Bedingung, daß der Betr. Seher u. j. w. Nichtverbandsmitglied sein müsse, wegzufallen habe.

**Eine Versammlung arbeitsloser Metallarbeiter,** die von mehr als tausend Personen besucht war, tagte Montag Vormittag im Gewerkschaftshaus in Berlin. Die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie ist in den letzten Wochen rapide gestiegen. Die Hauptsache ist der geringe Bedarf an Maschinen infolge der Kriegswirren und des Niederganges der Textilindustrie. In einzelnen Branchen, so z. B. in der Fahrradindustrie herrscht völliger Stillstand. Das Stellenangebot in der Metallindustrie ist sehr gering. Auf 100 Stellen kommen 190 Bewerber. Die Gesamtziffer der arbeitslosen Metallarbeiter in Berlin beträgt etwa 1100. In einer Resolution wurde der gegenwärtigen Wirtschaftsweise, insbesondere dem Ueberstundenwesen die Schuld an dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit zugeschrieben.

**Die Auflage unseres Zentralorgans, des „Vortw.“,** hat sich im letzten Quartal um 4000 vermehrt, sie beträgt jetzt 56500.

**Am Streit in der „Leipziger Volkszeitung.“** Jetzt hat auch das Gewerkschaftskartell in Breslau, welche Stadt Genosse Schoenlank im Reichstage vertritt, zu dem Leipziger Konflikt Stellung genommen und seiner Meinung durch folgende Resolution Ausdruck verliehen: „Die heute am 18. Januar im Gewerkschaftskartell vereinigten Vertreter von ca. 10 000 organisierten Arbeitern Breslaus erklären das Verhalten der Geschäftsleitung der „Leipziger Volksztg.“ als arbeitserfeindlich, sprechen den ausständigen organisierten Buchdruckern ihre vollste Sympathie aus und verurtheilen die Kampfweise der „Leipz. Volksztg.“ auf's Schärfste. Das Gewerkschaftskartell erwartet von dem Vertreter von Breslau-West im Reichstage, Dr. Bruno Schoenlank, daß er seinen ganzen Einfluß anbiete, um diesen Streit so bald wie möglich beizulegen und den ausständigen Verbandsmitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen.“ Diese Resolution ist einstimmig angenommen worden.

**Ein Bild von dem Elend des kaufmännischen Proletariats** ergab eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer zu Krefeld. Ein 20 jähriger Kassengehülfe

der Ortskrankenkasse der Hausweber wurde wegen Unterschlagung von der Strafkammer in Krefeld zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der junge Mann bezog ein Monatsgehalt von sage und schreibe sieben und dreißig Mark. Daß er bei einer solcher Bezahlung und den Ansprüchen, die an ihn in Bezug auf Kleidung gestellt werden, auf Abwege gerathen mußte, ist klar. Beschämend ist es aber für den Vorstand der Kasse, daß er solche Gehälter normirt. Wäre diese Kasse in Händen von klassenbewußten Arbeitern wäre die Gehälterfrage sicher besser geregelt worden.

## Aus Nah und Fern.

**Keine Chronik.** Ein großer Falschmünzprozeß hat vier Tage hindurch das Schwurgericht des Landgericht I in Berlin beschäftigt. Von den neunzehn Angeklagten wurden acht freigesprochen, elf verurtheilt. Zu den Freigesprochenen gehörte auch der Arbeiter Neumann, der sich im nächsten Monat zu verantworten haben wird, weil er beschuldigt ist des Raubmordes gegen die betagte Lehrerin Medenwaldt. Die Verurtheilten erhielten Strafen von 6 Jahren Zuchthaus bis zu 5 Monaten Gefängnis. — Ein Raubanfall wurde in Leipzig auf eine 18jährige Verkäuferin, welche im Hauptpostgebäude für ihren Chef Postanweisungen einkassirt hatte, in dem Hause Brühl 59 verübt. Der Räuber überfiel das junge Mädchen auf der Treppe hinterrücks und entriß ihr den Geldbeutel mit 466 Mk., worauf er die Flucht ergriff und entkam. — Ein zweites Eisleben scheint Leopoldshall, wo sich das Salzbergwerk des anhaltischen Staates befindet, zu werden. Wiederholt sind heftige Erdschütterungen wahrgenommen worden; erst in den letzten Tagen wurden wieder solche wahrgenommen. An einer Anzahl Häuser sind Risse entstanden. Eins von diesen betroffenen Häusern muß bereits abgebrochen werden. Selbst die Villa des Ober-Bergraths Weisleder ist stark in Mitleidenschaft gezogen. — Aus Köln wird gemeldet: Der wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verhaftete Kaufmann Adolf Bohnhoff hat sich im Gefängnis erhängt. — Bei den letzten kolossalen Schneestürmen wurden in der Umgegend von Odesa nach bisherigen Meldungen 32 Personen vom Schnee verschüttet und sind erfroren. Eine volle Woche war Odesa von jedem Verkehr abgeschnitten, 18 Eisenbahnzüge waren im Schnee stecken geblieben und konnten erst nach mehreren Tagen freigegeben werden. — Die Attentäterin Vera Gelo in Paris erklärte dem Untersuchungsrichter, sie sei nunmehr überzeugt, daß sie getäuscht worden sei und daß Prof. Deschanel ihr keinerlei Beleidigungen zugefügt habe. Vera Gelo wird auf das Beobachtungszimmer des Untersuchungsgefängnisses gebracht und von Ärzten auf ihren Geisteszustand geprüft werden.

**Der fromme Berliner Magistrat.** Eine wunderliche Geschichte wird in der „Flamme“, dem offiziellen Organ des Berliner Vereins für Feuerbestattung, zur Sprache gebracht. Das Blatt schreibt: „Der so unerwartet schnell aus dem Leben geschiedene Bürgermeister Brinkmann hatte zu wiederholten Malen in seiner Familie den Wunsch geäußert, dereinst feuerbestattet zu werden. Obgleich schriftliches über diesen Punkt nicht vorhanden war, glaubten die Hinterbliebenen pietätvoll dem Wunsche Rechnung tragen zu sollen, und beauftragten, nachdem sie ein erstes Anerbieten des Magistrats, die Bestattung auf Kosten der Stadt und mit einer den Verdiensten des Verstorbenen würdigen Feier vorzunehmen, abgelehnt hatten, das Bureau des Vereins für Feuerbestattung in Berlin mit der Erledigung aller nöthigen Formalitäten. In einer Besprechung waren alle Einzelheiten über den Sarg, den Leichenwagen, die sonstige Ausstattung, bei der alles Gepränge vermieden werden sollte, festgestellt worden; die Einäscherung sollte in Gotha stattfinden, weil der Verstorbene mit Herrn Oberbürgermeister Liebetrau daselbst befreundet gewesen war. Indessen nach einer Stunde erging an das Bureau die telephonische Mittheilung, daß die

Die Vermuthungen, die ihm sein Scharfblick nahelegte, gewannen von Stunde zu Stunde mehr an Halt und greifbarer Gestalt. Das Studium der Untersuchungsakten über jenen Raubmord und die vergleichende Gegenüberstellung der Ergebnisse mit den jetzigen Aussagen Hagers bestärkten ihn in der Annahme, daß die Schuld des schwer verwundeten Fremden an dem vor zwei Jahren begangenen Raubmord keinem Zweifel mehr unterliegen könne. Feldner mußte darüber Gewißheit, klare Gewißheit haben.

Der Fremde befand sich noch am Leben. Vielleicht würde es ihm gelingen, denselben zu einem Geständniß zu veranlassen, vorausgesetzt, daß er ihn vernunftgemäß antreffe.

Mit diesem Vorsatz beschäftigt, schloß er mit einem stillen Seufzer das Aktenbündel, das vor ihm auf dem Arbeitstisch lag, und wollte eben das Dienstzimmer verlassen, als ein Bote des Krankenhauses eintrat und ihm ein Schreiben überreichte.

Das Schreiben erbrach er dasselbe, und was er las, erregte seine ganze Aufmerksamkeit, versetzte ihn in fast fieberhafte Unruhe.

Die wenigen Zeilen rührten von dem leitenden Arzt des Lazareths her, der den Affessor in Kenntniß setzte, wie der schwer verwundete Fremde in Fieberphantasien liege und in seinen Delirien fortwährend von einer blutigen Leiche, von großen Unterschlagungen und geraubtem Gelde spreche. Alles wird durcheinander, vermengt mit anderen Phantasien und Erinnerungen, aber gerade die Erinnerung von dem geraubten Gelde und der blutigen Leiche im Wald lehrten in den Fieberphantasien des Kranken so auffällig wieder, daß sich der Arzt veranlaßt fühlte, dem Untersuchungsbeamten davon Mittheilung zu machen, von dem Gedanken ausgehend, daß die unbewußten Auslassungen des Verwundeten gerichtlicherseits vielleicht von Werth sein könnten.

Wie elektrisirt sprang Feldner von seinem Sitz auf, als er das Schreiben gelesen.

denn das Verhör, dem er Anton unterwarf, bot seinem Scharfsinn eine so reiche Fülle scheinbar räthselhafter Begleiterscheinungen und Zufälle, die sich um das Verbrechen spannten, daß er während der folgenden Tage in begreiflicher Aufregung sich befand.

Der Gefangene interessirte ihn, wie ihn selten ein Mensch interessirt hatte.

Hager gab ihm gegenüber unumwunden zu, daß er die That begangen, aber der Affessor erkannte mit seinem Verstandniß und natürlichem Gefühl, daß die Motive, die den Gefangenen geleitet, von keiner sittlichen Verworfenheit zeugten, daß er zur Zeit der That in einer übermenschlich gereizten Stimmung, die das klare Bewußtsein überdünnte, sich befunden haben mußte. Wer weiß, was ihn gestachelte, wie er behandelt wurde in dieser ungerechten, ordnungslosen Welt.

Der Affessor fühlte sich merkwürdig hingezogen zu dem Manne, der in knappen, schlichten Worten, aber mit überzeugender Gewalt im Ton sein Geständniß ablegte und zum Schluß den Verdacht, den er gegen den Fremden gehegt, offen aussprach.

Feldner hatte dabei die Empfindung, daß Hager es selbst nicht wußte, wie scharf er den Gegensatz von dem, was er war, und dem, was er seinem sittlichen Bedürfnis nach hätte sein können, empfand und in einfachen Worten zeigte. Die Sehnsucht eines reichen, tiefen und edlen Gemüths nach Glück, Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit klang durch die schreiende Dissonanz der leidenschaftlichen That, womit sein Gewissen ihn anlagte.

Feldner war von den Aussagen des Gefangenen, an deren Wahrheit er keinen Augenblick zweifelte, überrascht und betroffen. Er erinnerte sich klar aller Einzelheiten der ersten That, wegen der Anton schon einmal in Untersuchung genommen worden. Nun trat der so lange dunkel und räthselhaft gebliebene Fall in einer klaren Beleuchtung vor seine Augen.

## Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

So manche Verhandlung hatte Feldner geleitet, so manche Untersuchung und — als er noch Affessor war — Vertheidigung geführt, die ihm die ganze Haltlosigkeit des bestehenden Rechtssystems in einer Weise vor Augen führten, die sein wahres Rechtsgefühl in wilden Aufruhr setzten. Er konnte sich überzeugen, daß die Fälle, in denen Unschuldige verurtheilt werden, nur allzu häufig in den Büchern der gestrengen Justiz verzeichnet sind, und er war auch von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Verantwortung der Verbrechen und Vergehen eines großen Theiles der im Gefängniß schmachtenden Menschen nicht diese, sondern die Kurzsichtigkeit und strafwürdige Einsichtslosigkeit der Gesellschaft treffe, deren Zusammenfassung eine ununterbrochene Kette von Motiven zu Verbrechen aller Art im Gefolge hat.

In seiner Praxis waren ihm bereits mehrere Fälle begegnet, wo er mit blutendem Herzen die Existenz, das Leben braver, ehrlicher Menschen durch eine ungerechte Verurtheilung vernichtet sehen mußte.

Ihn machte der Herzerkämpfende Beruf des Juristen nicht gefühllos für das Schicksal der Menschen, nicht blind gegen die vielen offensbaren Fehler des Gesetzes, dessen ursprünglicher Zweck doch sein soll, das Recht zu schützen, das Unrecht zu strafen.

Er hielt das Gesetz nicht immer im Rechte, wenn es das Urtheil nach den geschriebenen Paragraphen sprach, die in den weitaus meisten Fällen im kräftigsten Widerspruch zu dem natürlichen Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl des Volkes stehen.

Der Fall Hager, mit dessen Untersuchung er sich zu beschäftigen hatte, erregte sein Interesse im höchsten Grade,

Wittve dem neuerlichen Ersuchen des Magi- strats Folge gegeben habe und auf die Feuerbestattung verzichte. — Wenn die Mit- theilungen des Blattes zutreffen, so ist damit dargethan, daß der Berliner Magistrat in der letzten Zeit mit glücklichem Talent gelernt hat, der in den maßgebenden Schichten sich spreizenden Orthogdoxie Rechnung zu tragen. Denn auf etwas Anderes kann seine Einwirkung nicht zurückzuführen sein. Eine Berliner Bürgermeisterei, die durch Feuer und etwa gar ohne Mitwirkung eines Geistlichen bestrahlt wird, welche ein solches Vorbild giebt das den „niedereren Volksschichten“, die der Magistrat im königlich-preussischen Christenthum doch mitzuerziehen beabsichtigt ist!

**Wieder Einmal!** Die Strafkammer in Beuthen verurtheilt den Amtsergeanten Kospiach aus Siemianowit wegen Körperverletzung im Amt zu fünf Monaten Gefängnis.

**Ein guter Rath — eine Bedrohung.** In Ost- erode war ein Streik in der Gärtnerischen Eisengießerei ausgebrochen. Der dem Fabrikarbeiter-Verbande angehörige Arbeiter Müller hatte dem Vertrauensmann des genannten Verbands gefragt, wie er sich bei diesem Streik verhalten solle. Dieser hatte ihm geantwortet: „Dem Statut nach muß ich Dich streichen, wenn Du arbeitest. Wenn Du nicht arbeitest, zahle ich Dir Reisesumme für die Reise. Du bist ja aber selber alt und vernünftig genug, um zu wissen, was Du zu thun hast.“ Und aus diesen Worten folgerte das Gericht die fragliche „Drohung“ (!). Denn, so führte der Vor- sitzende aus, wenn Müller aus seiner Organisation austräte, müßte er, so bedeute das für ihn eine sehr schwere Schädigung, da der Verband Rechtschutz, Unterstützung und auch sonstige Vortheile bietet. Es sei also für Müller von großem Werth gewesen, in seiner Organisation zu verbleiben u. s. w. Der betreffende Vertrauensmann wurde zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, trotzdem es der Arbeiter Müller durchaus nicht als „Drohung“, sondern als einen guten Rath aufgefaßt hatte.

**Von einem Attentat egyptischer Frömler** wird der „Volksgaz.“ aus der Schweiz geschrieben: Am Sonntag, den 13. Januar, Abends 8 Uhr wollte ein ehemaliger Franziskaner aus Frankreich, Le Garrec mit Namen, im Stadthaus zu Bruntz mit einem Vortrag über die „Geschichte eines Befreiten“ halten. Wenige Stunden zuvor schrieb der Regierungs-Statthalter Dancourt als Vorsitzender des katholischen Gemeindefürsorge-Raths an den Stadtpräsidenten einen dringlichen Brief mit dem Ersuchen, dem ent- stehenden Mönch sofort die Erlaubniß zur Benutzung des Stadthausraumes zurückzuziehen, da sonst schlimme Ruhe- störungen zu befürchten seien. Als das aber nicht geschah, und Le Garrec seinen Vortrag begann mit dem Bekenntnis: „Meine eigene Geschichte will ich erzählen; denn 20 Jahre lang habe ich in einem Kloster lebend geirrt und andere irre geführt. Und nun rufe mein Gewissen mir zu, unter das Volk zu gehen, um zu versuchen, das Uebel wieder gut zu machen, das ich angerichtet habe. Bis jetzt habe ich mich zufrieden gegeben, mich gegen den römischen Irrthum zu vertheidigen. — warfen sich der Bruder des schwarzen Regie- rungs-Statthalters, Notar G. Dancourt, Herr Grenonillet, Dr. jur. Voynach, ein Schreiner Mercay und Uhrmacher P. Jodin auf den Redner und schlugen ihn mit Knütteln nieder. Der frühere Ordensmann mußte aus fünf Wunden blutend nach Hause geführt werden, und auch ein weiteres Mädchen aus dem Waadtländer, Fräulein Faber, welches sich zum Schutze des Vortragenden aufgeworfen, bekam schwere Schläge. Also berichtet der „Volksgaz.“ und fügt hinzu: Dieses schändliche Attentat ist Sonntag Nachmittag 2 Uhr in einer Versammlung des „Cercle catholique“ verabredet worden.

**Den Fortschritten auf dem Gebiete des Dampf- schiffbaues** widmete aus Anlaß der Jahrhundertwende ein englisches Blatt eine beachtenswerthe Betrachtung. Es war im Januar des Jahres 1801, als ein junger Ingenieur von Lord Dundas beauftragt wurde, eine Dampfmaschine in einem Schiff zu montiren, das zwischen dem Firth und Clyde- kanal lief. Es war ein kleiner Anfang, aber es war doch immerhin ein Fortschritt gegenüber den Versuchen, die man vor 1801 machte und über die man nicht hinauskam. Das obige Schiff, die „Charlotte Dundas“, verursachte jedoch einen so heftigen Wellengang in dem Kanal, daß man es wieder außer Betrieb setzte. So vergingen denn weitere 10 Jahre, bevor der erste Passagierdampfer in Großbritannien gebaut wurde. Man benannte ihn „Kommet“ und seine mechanische Kraft bezifferte sich auf 4 Pferdekräfte. Das Schiff sollte den Verkehr zwischen den beiden Orten Glas-

gow und Helensburgh vermitteln, doch wurde es so wenig benutzt, daß man die Route einfach ver- legte, um den Betrieb wenigstens auf die Posten zu bringen. Es war der 4. Juli des Jahres 1840, als die „Britannia“ Liverpool verließ, um einen Dampf-Post- verkehr zwischen diesem Orte und Boston (Nordamerika) her- zustellen. Dieses Schiff lief 8 1/2 Knoten pro Stunde, faßte 1200 Tonnen und besaß Maschinen von 440 Pferdekräften. Heute, 60 Jahre später, besitzt der größte Oceanampfer, der „Oceanic“, ein Displacement von 17 250 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 20 Knoten pro Stunde. Ihr folgt in der Größenordnung der Dampfer „Deutschland“ mit 16 000 Tonnen und 33 000 Pferdekräften. Während seiner bekannten Schnelfahrt New-York—Hamburg erreichte er 23—36 Knoten pro Stunde. Das Ende des Jahres 1901 wird jedoch den „Kaiser Wilhelm II.“ mit 19 500 Tonnen und 38 000 Pferde- kräften fertig gestellt sehen, und man kann an dem gewaltigen Kontraste zwischen dem ehemaligen „Kommet“ mit 4 Pferde- kräften und dem letztgenannten Schiffsbau so recht den Fortschritt erkennen, der auf dem Gebiete der Dampfschiff- fahrt vor 100 Jahren und heute gezeitigt wurde.

#### Litterarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. ist jüngst erschienen: „**Vaterlandslose Gesellen**“.  
Kurze Bio- graphien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts. 106 Seiten. Elegant gebunden. Preis 50 Pfg. In dem Vorwort heißt es u. a.: Das neunzehnte Jahrhundert ist vollendet — und da geziemt es wohl dem Proletariat, der Todten zu gedenken, die durch die That, durch Wort und Schrift die Sache des Volkes unerschrocken vertreten und den großen Gedanken des Sozialismus zu glänzender Entwicklung gebracht haben. Und das Volk ist dankbar! Es ehrt seine großen Todten mit dem zähen Gedanken, das keine Verfolgung aus seinem Herzen reißen kann. Lebendig regt sich in ihm der Wunsch, in dem Leben der toden Führer die Geschichte eines Jahrhundertkampfes an sich vorüberziehen zu lassen, in ihren Leben die Zeit seiner gewaltigen Kämpfe um die Freiheit wieder einmal zu durchleben. Dazu soll ihm dies Büchlein Helfer und Führer sein. Soweit Porträts zu erlangen waren, sind solche den Biographien beigelegt.

#### Standesamtliche Nachrichten.

Bow 13. bis 19. Januar 1901.

##### Geburten.

a) Knaben. Name und Beruf des Vaters.

22. Dezember 1900. Hausmeister Theodor Maximilian Arnold Krabbe gen. Strand. 7. Januar 1901. Bäcker Carl Gustav Richard Hermann. Maurer Friedrich Johannes Christian Hamann. 10. Kaufmann Johannes Herwich Ferdinand Carl Peter Wilden. Ruffinger Johannes Heinrich Jben. Restaurateur Jacob Christian Christianen. Kraftgärtner Christoph Johann Friedrich Hinrichs. Milchhändler Friedrich Heinrich Bernhard Hinrichs. 11. Kaufmann Martin Theodor Heinrich Bötz. 12. Arbeiter Wilhelm Johann Heinrich Peter Kradt. Cigarrenarbeiter Karl Friedrich Christian Schmidt. Muttergärtner Dr. jur. Georg Philipp Denny. Bier- jahrmann Heinrich Friedrich Keller. Arbeiter Gustav Wilhelm Friedrich Hagenbach. 13. Maurer Ernst Emil Ferdinand Bösch. Maazepartier Christoph Wilhelm Heinrich Hermann. Höfer Hein- rich Ludwig Johann Schwarz. 14.endant am Werk- und Buch- druck Robert Emil Franz Boy. Klempner Johann Heinrich Karl Wilhelm Otto Philipp Theodor Borkner. Arbeiter Joachim Hermann Friedrich Decker. 15. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Franz. Arbeiter Heinrich Wilhelm Johann Brauch. Arbeiter Johann Carl Heinrich Wendland Arbeiter Matthes Antonoff. Arbeiter Hermann Carl Ferdinand Schwan. Straßen- beschwägenführer Johann Heinrich Ludwig Draht. 16. Feuerweh- mann Hermann Friedrich Christoph Holzmann. Lohnarbeiter Carl Hermann Johann Engelhardt. Haberarbeiter Carl Johann Georg Böcker. 17. Arbeiter Hugo Heinrich Friedrich Schmidt. Schlächter Wilhelm Friedrich Christoph Böttner.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

8. Januar. Schumann Friedrich Karl Fahr. Maschinist Friedrich August Johann Meyer. Sattler und Tapezierer Wilhelm Johann Heinrich Christian Grefmann. 9. Heilgehülfe und Hofier Detlev Friedrich August Beck. 10. Arbeiter Wilhelm Johann Heinrich Christian Pauow. Feuerwehrmann Friedrich Georg Karl Heinrich Schwolow. Gendarm Johann Gerhäuser. Schlossermeister Friedrich Wilhelm August Winkow. 11. Arbeiter Johann Heinrich Joachim Friedrich Wilhelm Jarow. Arbeiter Wilhelm Friedrich Johann Gustav David Stornow. Barbier Hei- rich Friedrich Johann Denzmann. Handlmann Johann Wilh-

rich Schmid. 12. Arbeiter Heinrich Johannes Friedrich Weng Schumacher Christian Wilhelm Hinz. 13. Schreiber am Post- amt Carl Friedrich Johannes Carlens. Stellmacher Adol- Christian Heinrich Faber. Arbeiter Karl Friedrich Kewe. 1. Metalldreher Arnold Christoph Wilhelm Klipp. Feuerwehrman Carl Wilhelm Christian Klambach. 15. Maler Joseph Konstant Klansky. Bahnarbeiter Heinrich Johann Martin Klambach. Bierstüberer August Heinrich Meyer. 16. Arbeiter Heinrich Fried- rich Friedrich Peterlen. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Wölfer. 18. Geschäftsführer Friedrich Eduard Johann Julius Schütz. Apotheker Dr. phil. Doktor Walter Schmidt. Schuhmar- Friedrich Ferdinand Julius Tretow.

##### Sterbefälle.

12. Januar. Knecht Hermann Friedrich August Ostrowski. 15 J. Arbeiter Johann Heinrich Christoph Schoppenhauer. 80 J. 13. Martha Marie Auguste Green. 4 M. Willy Bernhard Johan- hans Heinrich Bornmann. 9 M. Dorothea Henriette Christ- geb. Van. Ehefrau des Gerichtsvollziehers a. D. Carl Wilhelm Gottlieb Hartmann. 54 J. Arbeiter Wilhelm Christoph. 42 J. 14. Carolus Anna Friederica Maria geb. Pöschl. Wittve des Arbeiters Heinrich Hermann Fritz Schwarz. 40 J. Arbeiter Johan- Heinrich Friedrich Raath. 78 J. Auguste Adolphine Wilhelm- geb. Wiltgen. Wittve des Haupt- Zollamts- Assistenten Friedrich Heinrich Diederich Grundmann. 76. Jahrg. Gertrude (genannt Gertrud) geb. de Bries. Wittve des Vordermeisters Jun Peter Schmidt. 76 J. 15. Johannes Franz August Thim- 1 M. Helene Dorothea Frieda Dankert. 2 J. Joachim Heinrich Adolph Dierl. 24 J. Pensionirter Eisenbahnamtler Johan- Christian Conrad Fid. 70 J. Arbeiter Heinrich Friedrich Lamm. 57 J. 16. Frida Magdalena Auguste Stamer. 5 J. Johann Dorothea Catharina Elisabeth Dähmann. 4 M. Jacobine Mari- geb. Scheel. Wittve des Buchhalters Heinrich Friedrich Theodo- Claasen. 81 J. Dorothea Ernestine Maria Ludovica geb. Ventzken Ehefrau des Briefträgers a. D. Friedrich Wilhelm Gustav Hart- mann. 69 J. Wilhelm Friedrich Ferdinand Lemke. 16 J. Käth- Emile Anna Wilhelmine Strund. 1 M. 22 J. Witte Wilhelm Christian Kruse. 38 J. 17. Otto Mintz. 12 J. Minna Mintz. 12 J. Kaufmann Johann Friedrich Alexis Krupp. 50 J. Kauf- mann Wilhelm Wollmann. 27 J. 18. Carl Heinrich Johannes Giekenberg. 7 M. (Strafgeb.) Gertrud Friede Carla Evers. 5 J. Johanna Gramade. 5 J. Schneider Hans Adolf Bau- weiler. 21 J. 19. Schuhmachermeister Johann Wilhelm Marcus- witzger. 84 J. Ernst Louise Anna Freytag. 6 M. Gelbigelie Gerhard Johannes Hermann Lindenberg. 66 J. Catharina Maria Magdalena geb. Philipp. Wittve des Arbeiters Hans Jacob Meyer. vorher verw. Nehm. 83 J.

##### Eheschließungen.

14. Januar. Arbeiter Heinrich Friedrich Karl Ross und Maria Magdalena Elisabeth Koop zu Hoißing. Maurer Wilhelm Heinrich Johann Just und Katharina Sophie Johanna geschiedene Just geb. Uebelhauen, beide zu Heiligenhafen. Vater Friedrich Johann Christoph Rogin und Maria Sophie Elisabeth Köp- Schlächter Joachim Heinrich Wilhelm Nied und Anna Eske Maria Elisabeth Köp zu Schöberg. 15. Kaufmann Arthur Eich Diener zu Charlottenburg und Ella Katharina Wilhelmine Betty Marie Tralow. Buchdrucker May Wilhelm Adolph Hermann Werthendorff und Auguste Elisabeth Thormaldine Laismann. Schnei- der Gottfried Albert Kahl und Karoline Dorothea Margarethe Elisabeth Saeße. Arbeiter Adolf Heinrich Wilhelm Wölling und Anna Luise Caroline Wauff. 16. Erbpächter Friedrich Meyer und Bertha Anna Maria Friederice, beide zu Krempeledorf. Klempner- meister Paul Wilhelm Hans Martin Eilenberg zu Rostock und Johanna Dorothea Helmine Schwebel. Arbeiter Fritz Theodor Adolph Ohnien und Eine Christina Maria Rothoff. Arbeiter Peter Heinrich Franz Wille und Margarethe Christine Loms, beide zu Schlutup. 17. Restaurateur Richard Carl August Schend und Helene Helene Auguste Louise Haberland, beide zu Hamburg. Gast- wirth Ferdinand Wilhelm Carl Lonn und Elise Amalia Johanna Wöhler. 18. Arbeiter Theodor Ernst Adolph Donner und Minna Maria Elise Dübörp. 19. Förster Heinrich Friedrich Wilhelm Höhring zu Forsthaus Nabelamp b. Schwarzenberg und Klara Köpfer.

##### Angordnete Aufgebote.

14. Januar. Versicherungs-Inspector Johann Heinrich Gustav Fahrting und Elise Marie Luise Wölling. 15. Lokomotivführer- lehrer Albert August Felix Krüger und Wilhelmine Catharine Elisabeth Köpfer. 16. Oberleutnant im 3. Panjontischen Inf. Reg. Nr. 162 Georg Gustav Victor von Goerne und Emma Elisabeth Kulenamp. Zimmermann H. A. Nielsen und E. E. Hamann. 19. Tapezier und Dekoraturer Rudolph Friedrich Carl Heinrich Gottfried Schwenn und Charlotte Catharine Wilhelmine Dorette Wöllendorff. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Kruß und Auguste Christine Elisabeth Köpfer. Arbeiter Hans Johannes Carl Joseph und Johanna Catharina Dorothea Rufin zu Wöthhof. Klempner Paul Johannes Haase und Christiana Henriette Dorothea Marie Sophie Schwarz. Hobelst. Ernst Mag Laueremann und Dina Wilhelmine Louise Wilsch. Emaillierer Franz Victor und Alma Heilmann. Schmied Bernhard Otto Wiede und Emma Christine Verott.

„Bedenken Sie, Brudner,“ redete Feldner auf den Kranken ein, „Sie stehen am Rande des Grabes — die Aerzte geben jede Hoffnung, Ihr Leben zu retten, auf. Sagen Sie die Wahrheit und erleichtern Sie, wenn Sie sich schuldig fühlen, Ihr Gewissen, das wird Ihnen wohl- thun in den letzten Stunden Ihres Lebens. Bekennen Sie, ob und was Sie von jenem Mord wissen, Sie thun ein gutes Werk damit und ich wäre Ihnen sehr dank- bar. Sagen Sie frei und offen: Haben Sie den Mord be- gangen?“

Der Assessor hatte sich im Eifer seiner Bemühungen auf den Kranken niedergebogen und seine Blicke besteteten sich in ängstlicher Spannung auf dessen Lippen.

Brudner konnte diesen Blick nicht ertragen, er zitterte und wollte sich abwenden, aber er vermochte es nicht, er blieb wie gebannt von diesem Blick.

„Nun sagen Sie es doch, lieber Freund, fassen Sie Ver- trauen zu mir. Das Schweigen kann Ihnen doch nichts nützen, Sie gehen ja den Folgen Ihres Geständnisses aus dem Wege.“

Brudner zögerte einen Augenblick, dann stieß er unter heftigem Stöhnen hervor:

„Ja, ich will es sagen, ich habe den Mann erschlagen, mit eigener Hand, Niemand war Mitwisser oder Helfer und Anton Hager ist unschuldig daran.“

Erschöpft sank der Kranke in die Kissen zurück und schloß die Augen.

Entsetzt, aber doch mit zufriedener Miene richtete sich der Assessor auf und wandte sich an den Arzt und einige Beamte, die inzwischen hinzugegetreten waren und sich ein wenig absetzt hielten.

„Sie haben es gehört, meine Herren?“

Die Männer nickten stumm.

(Fortsetzung folgt.)

Jetzt mußte auch der geringste Zweifel fallen; der Fremde war unbedingt der Raubmörder und Hager an jener That schuldig.

Eine jektiam freudige Aufregung überkam den Assessor. Man wollte er Alles daran setzen, Anton wenigstens von dem Verdacht des Raubmordes vollständig zu reinigen. In der Bethätigung solcher menschenfreundlicher Dienste suchte er seinen Einfluß.

Er mußte den Kranken selbst sprechen, und zwar schen- nicht, denn Gefahr war im Verzug. Dertelbe schwebte, nach der Äußerung des Arztes, zwischen Leben und Tod, er konnte schon in der nächsten Minute sterben und das Geheim- niß seiner Schuld mit ins Grab nehmen.

Ohne langes Bedenken machte sich Assessor Feldner auf den Weg zum Lazareth.

Mit klopfendem Herzen betrat er dasselbe. Kam er zu spät? War der Bewußtsein seiner Verletzungen bereits er- lungen? Was diese Befürchtungen erfüllte, ließ er sich beim Chirurgen melden und erklärte in fliegender Eile den Zweck seines Kommens, als er in das Arbeitszimmer des Arztes trat, der ihn herzlich und freundschaftlich begrüßte.

Feldner kam noch nicht zu spät, sondern zu einer recht günstigen Stunde. Der Mann war noch am Leben und augenblicklich bewußtseinsfähig. Das Bewußtsein war bei ihm wieder zurückgekehrt, aber die Aerzte gaben wegen des großen Blutverlustes, den der Bewußtlose erlitten, die Hoff- ung auf sein Leben noch einige Tage zu verlagern; er ging der Aufsichtung entgegen.

In Begleitung des Chirurges betrat Assessor Feldner den Kranken und wurde zu dem Kranken geführt. Der- selbe lag bleich und kraftlos in seinem Bett.

„Lieber Herr,“ begann der Assessor leise und schonend, wobei er sich dicht zu dem Kranken niederbeugte, „kann Sie sich Ihres Kommens erinnern?“

Der Kranke warf einen verwundernden Blick auf den Trager.

„Es wäre mir sehr erwünscht, wenn Sie mir Ihren Namen sagen könnten.“

„Meinen — Namen? Wozu das?“ Klang es leise von den Lippen des Kranken. — „Nun, Sie mögen ihn wissen, was schadet es noch — ich bin der Versicherungsinspektor Georg Brudner aus B...“

Feldner notirte sich den Namen.

„Ich nahe mich Ihnen als Freund, als Rathgeber, fassen Sie Vertrauen zu mir. Erinnern Sie sich des Anton Hager, der Ihnen die Verletzungen zugefügt?“

„Ja — der junge Burche! — Jawohl!“ fuhr der Ver- wundete heftig erregt und stöhnend auf.

Anton Hager befand sich vor einiger Zeit in Unter- suchung, weil man ihn des Raubmordes, der vor zwei Jahren im Wald bei Weinselden verübt wurde, verdächtig hielt. Die Leute halten ihn noch jetzt für schuldig, obwohl das Gericht ihn nicht zu überführen vermochte. Er bestand und besteht noch auf seiner Unschuld. Wie man sagt, haben Sie zu dem Manne in näheren Beziehungen gestanden. Meinen Sie, daß er das Verbrechen begangen haben könne?“

Der Kranke machte eine Bewegung; sein Blick war jetzt angstvoll auf den Assessor gerichtet.

„Nein, das glaube ich nicht,“ sagte er dann und wandte sein Gesicht ab.

„Hager behauptet bestimmt, daß Sie jenen Mord begangen haben. Ist es so?“

Angst und Entsetzen malte sich auf den Zügen des Kranken.

Der Assessor verfolgte aufmerksam jede Veränderung im Wesen desselben.

„Ist? — Er lügt! — Nein, das ist nicht wahr!“ rief der Kranke angezagt.